

Neoliberalismus

[illegible]

Die IG Metall Alternative

[illegible]

Editorial

Politik gescheitert

► Nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen hat Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) angekündigt, er wolle die Vertrauensfrage im Bundestag stellen, um noch in diesem Jahr Neuwahlen zu erreichen. Damit wolle er seine Politik dem Volk zur Abstimmung stellen. **metall**-Autor Albrecht Müller beschreibt in unserer Titelgeschichte, warum die neoliberale Politik Schröderscher Spielart nicht nur in Deutschland gescheitert ist. Ohne einen Politikwechsel wird sich nichts ändern.

► In dieser Ausgabe ist eine **metall** extra beigelegt. In dem vierseitigen Flugblatt stellt die IG Metall ihre Alternativen zur aktuellen Politik vor. Es ist das Arbeitnehmerbegehren der IG Metall zur Bundestagswahl. Unter dem Motto »Arbeit – Innovation – Gerechtigkeit« legt die IG Metall eigene Vorschläge vor. Sie zeigen wirtschaftlich effiziente und sozial gerechte Alternativen zur »Agenda 2010« und zum Frontalangriff von CDU/CSU und FDP auf den Sozialstaat.

► Wegen der aktuellen Lage wird **metall** in diesem Jahr keine Sommerpause machen. Die Redaktion wird auch im August eine Ausgabe herausgeben. Schwerpunkt wird die Bundestagswahl sein. Das Magazin wird in der letzten Juliwoche gedruckt und ausgeliefert. Es wird eine abgespeckte Ausgabe mit 24 Seiten Umfang sein.

► Der griechische Philosoph Aristoteles sagte einmal: »Der Erholung bedürfen wir, weil wir nicht ununterbrochen arbeiten können.« Aus diesem Grunde wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Urlaub.

Die Redaktion

Jugendtag
metall begleitet einen Jugendlichen auf dem Aktionstag in Nürnberg.
Seite 11



Foto: Andreas Gummerer



Foto: Werner Bachmeier

Erneuerbare Energien

Kanzlerkandidatin Angela Merkel (CDU) will zurück zur Atomenergie. Das ist die Wende rückwärts in der Energiepolitik und löst keine Probleme.

Seite 12



Foto: Cao / Jandke

Renten

Auch in diesem Jahr werden die Renten nicht erhöht. Dafür wird zusätzlich ein Krankenversicherungsbeitrag erhoben. Aus diesem Grund rät die IG Metall, Widerspruch gegen den Rentenbescheid einzulegen.

Seite 27

Magazin

Monteure: Bundesweiter Protest . . . 4
Kone: Wut auf Aktionäre 5
Alstom: Alternativen suchen 6
Daimler-Chrysler:
Krebsgift auf Schrauben 7

Das Thema

Finanzinvestoren:
Ausverkauf stoppen. 8

Zur Sache

Jürgen Peters:
Für eine soziale Politik 10

Jugendaktionstag

Spaß in Nürnberg 11

Report

Erneuerbare Energien: 12

Titel

Irrweg Neoliberalismus 14

Neue Vorstandsverwaltung

Eine Tradition wird fortgesetzt. 19

Branchennews

Kfz-Handwerk 20

Urlaub

Tipps zum Entspannen 21

Branchenreport

Autozuliefererindustrie:
Branche mit Zukunft 22

Ratgeber

Bonussysteme der Krankenkassen . 24
Impressum 26
Rentenanpassung 27

Monatsökonom

Gustav Horn über
die Binnennachfrage 28

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel . . 30

Porträt

Zu Besuch bei
Tobias Graf 31

Regionales

Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35

Titelfoto: picture-alliance / dpa / Ron Bell

Monteure

»Erstklassige Tarife verdient«

Rund 3500 Monteure haben im Juni bundesweit mobil gemacht. Sie wollen, dass der Montagezuschlag auch künftig gezahlt wird.

Allein in Berlin verließen am 6. Juni 114 Firmenfahrzeuge die Betriebsgelände von Thyssen-Krupp und Schindler. Im Korso rollten sie zum Haus der Wirtschaft, Sitz des Berliner Arbeitgeberverbands. Gesamtmetall hatte im Herbst den Tarifvertrag über Auslösungen und Fahrkosten gekündigt, außerdem den Bundesmontagertarifvertrag. Er sichert den Ausgleich für häufig wechselnde Arbeitsstätten und miese äußere Bedingungen. Ohne diesen Ausgleich würden den rund 30 000 Beschäftigten der Branche zwischen 250 und 300 Euro monatlich fehlen.

Kein Wunder, dass die Beschäftigten wütend sind. Klaus Helmerichs, Bezirkssektretär der

IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen: »Wir fordern eine neue tarifvertragliche Regelung der besonderen Arbeitsbedingungen von Monteuren, der 13-prozentige Montagezuschlag muss abgesichert werden.«

Rund 850 Monteure protestierten in Nordrhein-Westfalen, 550 legten in Hamburg die Arbeit nieder. »Die Monteure liefern erstklassige Arbeit und haben einen erstklassigen Tarifvertrag verdient«, so Bezirksleiterin Küste Jutta Blankau an die Adresse der Arbeitgeber.

Zoff auch in Frankfurt am Main. Dort stellten aufgebrauchte Monteure den Arbeitgebern eine Metallplastik in den Vorgarten.

In Mannheim gingen 200 Monteure auf die Straße, in Stuttgart 700. Für den Fall, dass die Arbeitgeber weiter blockierten, kündigte Bezirksleiter Jörg Hof-



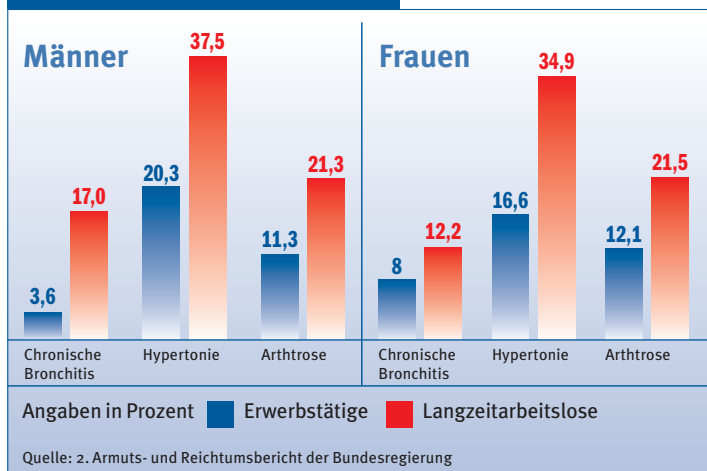
Monteure protestieren in Berlin: Montagezuschlag tariflich absichern

mann weitere Aktionen an: »Wir sind handlungsfähig und lassen uns nicht länger hinhalten. Wenn die Arbeitgeber uns herausfordern, werden wir vor einem Konflikt nicht zurückschrecken.«

Auch Bayerns Monteure sind aktionsbereit. »Wir Monteure haben es in der Hand, ob die

Städte abends erleuchtet oder dunkel sind oder die Fertigungsbänder in den Betrieben gewartet werden«, warnte ein Betriebsratsmitglied vor dem »Haus der deutschen Wirtschaft«. Rund 700 Monteure hatten sich dort versammelt, um die Arbeitgeber zum Einlenken zu bewegen. ◀

Arbeitslose öfter krank



Deutlich höhere Krankheitsquoten bei Arbeitslosen hat der aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung registriert. Langzeitarbeitslose erkranken demnach besonders häufig. Neben Bluthochdruck, Arthrose oder Bron-

chitis leidet jeder Vierte an Depressionen (erwerbstätige Männer: zehn Prozent). Die Folge sind durchschnittlich 9,8 Arztbesuche jährlich. Erwerbstätige gehen im Schnitt nur 7,1 Mal zu einem Arzt. ◀

Arbeitsbewältigungsindex (ABI)

Gefährlicher Weg

In mehreren Betrieben, darunter TSTG Schienentechnik (Vöest Alpine), versuchen Betriebsärzte neuerdings, die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten per Arbeitsbewältigungsindex (ABI) zu ermitteln. Dabei werden Beschäftigten-Daten per Fragebogen erfasst. Angeblich, um Handlungsbedarf für Betriebe zu ermitteln. ABI nütze auch den Beschäftigten, behauptet der Wuppertaler Arbeitsmediziner Hans-Martin Hasselhorn, gehe es doch um den »möglichst guten und langen Erhalt seiner Fähigkeiten am Arbeitsplatz«.

Die IG Metall warnt Betriebsräte und Beschäftigte vor ABI

und empfiehlt, das Instrument abzulehnen. Bert Römer, Experte für Arbeits- und Gesundheitsschutz beim IG Metall-Vorstand: »Statt gesundheitliche Gefährdungen am Arbeitsplatz zu ermitteln und zu beseitigen, sieht der ABI die Ursachen für gesundheitliche Risiken verstärkt bei den Beschäftigten und ihrem Verhalten.«

Auch die Frankfurter Arbeitsmedizinerin Gine Elsner warnt: »Der Fragebogen erfasst körperliche Defizite eines Menschen, statt nach Ressourcen des Arbeitnehmers zu fragen.« Zudem könne er zu »Aussonderungen« missbraucht werden. ◀



Renault-Autohaus Steinhardt, Eisenach

Zur Strafe Kloputzen

Firmenchef Gerd Steinhardt versucht mit kriminellen Methoden, die Betriebsratsvorsitzende Petra Lehmann zu zermürben. Grund: Die Metallerin hatte auf Wunsch ihrer Kollegen die fällige Tarifierhöhung von 1,5 Prozent eingefordert.

Als sich die Belegschaft zu einer Betriebsversammlung traf, warf Steinhardt mit einem Stuhl und trieb die Beschäftigten zur Arbeit an. Anschließend setzte er Einzelgespräche an und forderte Beschäftigte auf, aus der IG Metall auszutreten. »Ich werde Dich rausmobben«, drohte er der Kollegin Lehmann an. Zwei Betriebsratsmitglieder gaben

daraufhin auf, aber die Metallerin machte weiter. Prompt erhielt sie die Kündigung.

Als das Eisenacher Arbeitsgericht die Zustimmung verweigerte, ordnete der Firmenchef Kloputzen an. »Dir wird das Lachen noch vergehen«, drohte er, als die Metallerin ablehnte. Die IG Metall hat die Firma inzwischen verklagt – weil sie die Betriebsratsarbeit behindert. Parallel läuft wegen der Rücktritte die vorgezogene Betriebsratswahl. Metallerin Lehmann kandidiert wieder. Günther Seiler, IG Metall Eisenach: »Auch Herr Steinhardt muss die Betriebsverfassung respektieren.« ◀

Neff Antriebstechnik Automation GmbH, Waldenbuch

»Wir kämpfen für unseren Standort«

Ausgerechnet im 100-jährigen Firmenjahr will der US-Konzern »Danaher« sein Tochterunternehmen Neff-Antriebstechnik Automation in Waldenbuch mit rund 110 Beschäftigten schließen.

Die Amerikaner, die den Traditionsbetrieb erst vor einem

Jahr gekauft haben, wollen in Tschechien produzieren.

Dabei hat Neff im vergangenen Jahr 14 Prozent Rendite erzielt, in ersten Quartal 2005 sogar 17 Prozent. Die Auftragsbücher sind voll. Inzwischen bietet Danaher Schonfristen an – im tschechischen Werk klemmt

es. Dafür sollen die Beschäftigten 40-Wochenstunden arbeiten – ohne Lohnausgleich. IG Metall und Betriebsrat lehnen das ab. Dietmar Stucke, Betriebsratsvorsitzender: »Wir kämpfen für unseren Standort, die Arbeitsplätze dürfen nicht der Profitgier geopfert werden.« ◀

Kone, Hattingen

Wut auf »Aktionärskapitalismus«

Der Rolltreppenhersteller Kone will die Produktion von Hattingen nach China und England verlagern. Die Beschäftigten kämpfen.

Hattingens größter Produktionsbetrieb Kone (415 Beschäftigte) ist angeblich nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Chinesen, glaubt die Geschäftsleitung, produzieren zum halben Preis. Dabei wirft der Betrieb fette Gewinne ab, aber die Aktionäre wollen noch mehr.

Willi Wannemüller, Betriebsratsvorsitzender: »Auch ein Globalplayer wie Kone hat kein Recht, den Betrieb zu kaufen, mit dem Know How unserer Beschäftigten nach China zu gehen, um Gewinne zu maximieren und uns in die

Arbeitslosigkeit zu schicken.« Mit zwei Großkundengebungen hat die Belegschaft gegen den »Aktionärskapitalismus« protestiert. Parallel arbeiten Ifo-Institut und Beschäftigten-Gruppen an einem Alternativkonzept. Hattingens Stadtrat hat Kone aufgefordert, die Entscheidung für die Verlagerung auszusetzen und sich dem Alternativkonzept zu stellen. ◀

Protest gegen GM-Sparpläne in Bochum: Verhandlungsmarathon steht an



Außenansicht

Werden Bürger zu Werkzeug?

Der hilflose Staat

Wer sich auf der Höhe der Zeit wähnte, hat über Jahrzehnte das Wort »Staat« gemieden. »Staat«, das roch nach Allmacht, Willkür, Unfreiheit, Staatsterror, Krieg. Europa hatte erlebt, was allen droht, wenn der Staat übermächtig, seine Herrscher unkontrollierbar, seine Bürger zu Werkzeugen werden. Diese Lektion sitzt. Und das ist gut so. Dies hindert uns, eine ganz neue Lektion zu lernen: was uns blühen kann, wenn der Staat zu schwach, wenn er hilflos wird, wenn ein global agierendes Kapital die Staaten gegeneinander ausspielt und erpresst, sie in einen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern zwingt.

Im Kalten Krieg hatten die beiden Supermächte in ihrem jeweiligen Beritt dafür gesorgt, dass die Staatsapparate funktionieren. Nach dem Fall der Mauern erlosch dieses Interesse. Neoliberale Staatsvergessenheit gab manchen schwachen Staaten den Rest. Korruption, lächerlich niedrige Gehälter für Polizei und Justiz, ließen das Gewaltmonopol zerbröseln. Sicherheit wird immer mehr zu einer Ware. Es wird Zeit, dass dies zum Thema wird, auch bei uns. Ist der Minimalstaat der Neoliberalen überhaupt lebensfähig? Funktioniert der Rechtsstaat ohne Sozialstaat? Wie kann die EU Staatsfunktionen übernehmen, die dem Nationalstaat abhanden gekommen sind? Ob eine künftige Regierung den Staat wieder stärken oder abwickeln will, darum geht es auch in Deutschland. ◀



Erhard Eppler (78), ehemaliges Präsidiumsmitglied der SPD

Köpfe

Benjamin Halbe, (21) bis Januar Jugendvertreter bei Gebr. Kemper Metallverarbeitung (Olpe) und jetzt Zivil-dienstleistender, hat Ende Januar den früheren Golf IV von Kardinal Ratzinger gekauft. Nach dessen Wahl zum Papst hat der Metaller den Wagen über Ebay versteigert und dabei

189 000 Euro Erlös erzielt. Ein Online-Casino aus den USA erhielt den Zuschlag. Halbe, der demnächst auf Stellensuche geht: »Das Geld kommt erst mal auf die Bank.« ◀

Sonja Breuer, (40) Verwaltungsangestellte bei der IG Metall Homburg-Saarpfalz, hat im Tischfußball die Vize-weltmeisterschaft im Damen-Doppel gewonnen. Für das Turnier in Paris hatten sich rund 600 Teilnehmer aus 17 Ländern qualifiziert. Metallerin Breuer, die zu Hause auf ihrem eigenen Tisch-Kicker trainiert: »Vor

diesem Turnier habe ich täglich trainiert, das hat sich ausgezahlt.« ◀

Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, ist auf dem Weltkongress des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB) einstimmig im Amt des IMB-Präsidenten bestätigt worden. Der IMB vertritt in über 100 Ländern rund 25 Millionen Metallarbeitnehmer. ◀



Foto: picture-alliance / dpa / Carstensen



Foto: IMB

Alstom Power, Mannheim

»Statt entlassen Alternativen suchen«



Foto: Helmut Ross

Protest in Mannheim: Notfalls weiter Widerstand

Fünf Tage lang hatten die Alstom-Beschäftigten im April eine Betriebsversammlung genutzt, um Details der geplanten Betriebsschließung zu erfahren. Der Konzern will 900 von 2000 Arbeitsplätzen abbauen (metall berichtete). Jetzt hat die Geschäftsleitung gerichtlich beantragt, die gesamte Betriebsversammlung für illegal erklären zu lassen. In dem Fall könnte sie den Beschäftigten ins Portemo-

naie greifen. Die denken aber nicht daran, klein beizugeben und wollen sich notfalls weiter wehren. Erster Erfolg ist eine Arbeitsgruppe, die sich auf Empfehlung des Aufsichtsrats gebildet hat. Der Gruppe gehören auch Betriebsräte und IG Metall-Vertreter an. Ralf Eschmann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender: »Statt Beschäftigte zu entlassen, wollen wir Alternativen entwickeln.« ◀

BSH, Berlin

Proteste sorgen für Unruhe

Die Gegenwehr der Metaller gegen die für Ende 2006 angekündigte Schließung des Berliner Waschmaschinenwerks von Bosch-Siemens Hausgeräte (BSH) sorgt weiter für Unruhe im Konzern. So forderten 700 Metaller und Metallerinnen von BSH Berlin und weitere 300 Beschäftigte aus dem Bundesgebiet vor der Münchner Siemens-Konzernzentrale den Erhalt aller

deutscher Standorte. Daraufhin blies die Konzernleitung ihre Bilanz-Presskonferenz ab.

So lange BSH nicht über die Zukunft der rund 700 Arbeitsplätze in Berlin verhandelt, wird der Widerstand wachsen, sagte Betriebsratsvorsitzender Güngör Demirci: »Die können ihre Pressekonzferenz in der Türkei oder in

Tschechien abhalten – wir werden schon da sein.« ◀

Protest in Berlin: Alle Standorte erhalten



Foto: transist-berlin / v. Polentz

Spektrum Sweater, Savar
Tödliche Extraprofite

Nach dem nächtlichen Einsturz einer illegal errichteten Fabrik von Spektrum Sweater in Savar (Bangladesch) wurden bisher 76 Tote geborgen, 200 weitere Arbeiterinnen werden vermisst. Das Gebäude stürzte kurz nach Mitternacht ein. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten dort noch hunderte Frauen. Wegen des niedrigen Lohns müssen die Textilarbeiterinnen bis zu 100 Wochenstunden arbeiten, oft nachts. Auch deutsche Firmen (Steilmann, Karstadt-Quelle), die bei Spektrum Sweater produzieren lassen, profitieren von den katastrophalen Arbeitsbedingungen. Die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitervereinigung macht diese Unternehmen mitschuldig für die Katastrophe – weil sie »gewissenlos Extraprofite aus dem liberalisierten Welthandel schöpfen«.

Die »Kampagne für Saubere Kleidung« (CCC), in der auch Verdi und IG Metall mitarbeiten, fordern von Karstadt-Quelle und Steilmann Entschädigungszahlungen für die Opfer und ihre Familien sowie die Auszahlung offener Löhne. Bisher haben die europäischen Firmen Hilfsmaßnahmen abgelehnt. ◀

Deutsche Bahn
»Nicht aussitzen«

Mit einer Protestaktion auf den Bahnhöfen in Frankfurt am Main und Halle hat die »Initiative Elftausend Kinder« gegen die Deutsche Bahn protestiert.

Die weigert sich, auf ihren Bahnhöfen, Fotos und Dokumente der 11 000 Kinder zu zeigen, die über das Schienennetz der Reichsbahn nach Auschwitz transportiert wurden. Zu den Protesten waren auch Angehörige der Opfer aus Frankreich angereist. Die Initiatoren wollen ihre Aktionen verstärken: »Die Bahn muss wissen, dass sich das Gedenken nicht aussitzen lässt.« ◀

Nachgefragt:

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Eine Studie an der Ruhruniversität Bochum zeigt, dass die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie auch die Löhne in der Metall- und Elektroindustrie unter Druck setzen würde. **metall** sprach mit Co-Autor **Manfred Wannöffel**.

metall: Die EU-Dienstleistungsrichtlinie zielt nicht nur auf Schlachthöfe?

Wannöffel: Nein. Das europarechtliche Verständnis einer Dienstleistung bezieht sich auf jede Form von Wirtschaftsleistungen, die aus einem Drittland nach Deutschland versandt werden kann.

metall: Beispielsweise Montagearbeiten in der Metall- und Elektroindustrie...

Wannöffel: Ja, auch in der Informations- und Kommunikationstechnologie oder im Holzgewerbe. Allein in diesem Bereich existieren 40000 Montagebetriebe ohne Produktionstätigkeiten. Die-

»Den Entwurf komplett zurückziehen«

se Montagearbeiten könnten aufgrund der EU-Richtlinie künftig tschechische oder polnische Alleinunternehmer leisten.

metall: Zu tschechischen oder polnischen Löhnen?

Wannöffel: Ja, so sieht es die EU-Richtlinie bisher vor. Auf diese Weise würde bei den Löhnen rasch eine Abwärtsspirale entstehen, die dem EU-Harmonisierungsgedanken völlig widerspricht. Das Herkunftsland-Prinzip – es gibt die Löhne des Landes vor, aus dem die Werksvertragsleute kommen – verhindert geradezu eine Harmonisierung nach oben.

metall: Wie sähe es bei den Arbeitsbedingungen oder beim Ar-

beits- und Gesundheitsschutz aus?

Wannöffel: Wenn die ausländischen Werksvertragsarbeiter als Allein-Unternehmer kommen, hätten die Betriebsräte der Mutterbetriebe keinerlei Mitbestimmungs- und Kontrollrechte. Und bei einem Arbeitskampf könnten die ausländischen Allein-Unternehmer leicht als Streikbrecher missbraucht werden.

metall: Noch verhandelt das Europa-Parlament. Was muss geändert werden?

Wannöffel: Die EU-Kommission muss ihren Entwurf komplett zurückziehen. Schon im März, während des Europa-Gipfels, haben Zehntausende in Brüssel da-



Manfred Wannöffel: »Richtlinie verhindert Harmonisierung«

gegen demonstriert. Und die Abstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und Holland zeigen, dass die Menschen arg verunsichert sind. ◀

Daimler-Chrysler, Untertürkheim

Krebsgift auf Schrauben

Weil in Produktion und Montage bei Daimler-Chrysler (DC) in Untertürkheim Schrauben mit dem krebserregenden »Dacromet« beschichtet sind, verlangt der Betriebsrat den Austausch.

»Dacromet« (Hersteller: Dacral S.A. Deutschland, Markgröningen), das die Schrauben vor Korrosion schützen soll, enthält Chrom-VI-Verbindungen. Nach der MAK-Liste (Maximale Arbeitsplatzkonzentration) sind diese Verbindungen eindeutig krebserregend. Die gefährliche Substanz wird über die Atemluft oder Hautverletzungen aufgenommen. Milos Raskovic, Metaller und DC-Betriebsratsmitglied: »Die Werksleitung muss Dacromet rasch ersetzen, zumal es eine Alternative gibt«.

Der Werksärztliche Dienst hat inzwischen Schutzmaßnahmen angeregt. So sollen die Produkti-

onsarbeiter Handschuhe und Feinstaubmasken tragen, sich vor dem Essen die Hände waschen und während der Arbeit nicht essen und trinken. Für den Betriebsrat ist das höchstens eine Notlösung. »Sich vor jedem Schluck Wasser die Hände zu waschen, wäre ein bisschen viel verlangt«, bemängelt Raskovic. Und es sei

unmöglich, kleine Schrauben mit Handschuhen in den Motor zu drehen.

Die Geschäftsleitung will zwar Alternativen prüfen, doch die »Checkerei« dauert dem Betriebsrat zu lange. Raskovic: »Auch wenn die Alternative teurer ist: Die Gesundheit der Beschäftigten hat Priorität, Dacromet muss schleunigst verschwinden.« Laut Dacral wird der Korrosionsschutz »Dacromet« in großen Teilen der Automobilindustrie verwendet. ◀



Motorenfertigung in Untertürkheim: »Gesundheit hat Priorität«

Hartz IV Im Schnitt 206 Euro weniger Geld

Drei von vier Beziehern der früheren Arbeitslosenhilfe haben durch Hartz IV finanzielle Einbußen erlitten. Das belegt eine Umfrage der IG Metall-Verwaltungsstellen Ludwigsfelde, Oranienburg, Ostbrandenburg, Cottbus und Dresden unter ostdeutschen Arbeitslosen.

Die finanziellen Einbußen lagen im Durchschnitt bei 206 Euro monatlich. Jeder sechste der befragten Arbeitslosen befürchtet zudem, dass er umziehen muss – obwohl Ostdeutsche in relativ kleinen Mietwohnungen leben.

Die Auswertung zeigt zudem, dass die Arbeitslosigkeit im Osten zunehmend als dauerhaft empfunden wird; viele Erwerbslose fühlten, dass sie »ins untere Glied der Gesellschaft abgestiegen« sind. »Hartz IV ist das Regelwerk für das Armutsmanagement«, ist das Fazit der Studie. ◀



Foto: Werner Bachmeier

Demo in München: Aus heiterem Himmel Käufer präsentiert

Finanzinvestoren

Ausverkauf stoppen

Im Juni 2004 vereinbarten IG Metall und Siemens, dass die Handy-Produktion in Kamp-Lintfort und Bocholt nicht nach Ungarn verlagert wird. Dafür willigten die Beschäftigten in die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ein. Die Vereinbarung gilt bis Juni 2006.

Vermutlich war die Drohung mit der Verlagerung nach Ungarn eine Finte. In dieser Zeit reiste Siemens-Vorstandschef Heinrich von Pierer durch Asien. Er suchte Investoren, die Unternehmen in Deutschland kaufen wollen. Von Pierer reiste nicht nur als Konzernchef. Er reiste auch als »Bundesbeauftragter für Auslandsinvestitionen«, ernannt von der rot-grünen Bundesregierung. Sein Arbeitsgebiet ist Asien. Nur wenige Monate nach seinem Abtritt als Konzernchef konnte sein Nachfolger Klaus Kleinfeld in die Wundertüte greifen und wie aus heiterem Himmel einen Investor präsentieren: BenQ aus Taiwan kauft die Siemens-Handy-Sparte. An die Vereinbarung bis Juni 2006 will BenQ sich halten, danach ist alles offen.

Die Stelle des »Bundesbeauftragten« wurde 1998 nach Gerhard Schröders Wahlsieg geschaffen. Der erste Beauftragte war Hilmar Kopper, Chef des Aufsichtsrats von Daimler-Chrysler und Deutsche Bank. Sein

größter »Erfolg« war, dass Vodafone die Mannesmann AG kaufte. Als Koppers Nachfolger wurde von Pierer berufen. Die Frage ist: Wie hängt diese von der Bundesregierung geförderte Investorensuche mit dem Ziel zusammen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden? Antwort: überhaupt nicht.

Zu viele Märchen

Von Pierer darf in der Plauderrunde von Sabine Christiansen viele Märchen zum besten geben, etwa dass die angelsächsischen Finanzinvestoren als freundliche Retter in den darniederliegenden Standort Deutschland kommen. Denn sie würden sanierungsbedürftige mittelständische Firmen aufkaufen und ihnen helfen, das zu geringe Eigenkapital aufzustocken. Das Gegenteil ist richtig: Diese Investoren kaufen keine Sanierungsfälle, sondern Branchen- und Weltmarktführer wie MTU, Grohe und Demag. Und diese Investoren entziehen dem aufgekauften Un-

ternehmen das vorhandene Eigenkapital und verschulden es noch weiter. Und sie schaffen hier keine Arbeitsplätze, sondern bauen sie ab.

Für den strahlenden Börsengang von MTU im Juni 2005 wurden innerhalb eines Jahres 600 Beschäftigte »freigesetzt«, während der Vorstand sich mit 80 Millionen Euro Aktien kaufen konnte und sich beim Börsengang noch einmal mit bevorrechtigten Aktien bediente, die aus der Unternehmenssubstanz subventioniert werden. Je mehr man Pierer unterstellt, dass er sich auskennt, desto mehr entpuppt er sich als interessengeleiteter Märchenerzähler.

Dass Topmanager und Großaktionäre so handeln, ist das eine. Dass aber die Regierung die Märchen des Siemenschefs zur offiziellen Politik erklärt, ist etwas anderes. Investitionen im Ausland, zum Beispiel eine Produktionsverlagerung nach Tschechien oder China, können mit Gewinnen in

Deutschland verrechnet werden, und die aus Tschechien oder China nach Deutschland zurückgeführten Gewinne werden hier mit sagenhaften zwei (!) Prozent besteuert. In Deutschland können als einzigem Industrieland der Welt alle Ausgaben, auch Schuldzinsen für Beteiligungen, praktisch voll steuerlich abgesetzt werden, auch wenn die dazugehörigen Einnahmen steuerfrei sind.

Investoren werden verhätschelt

Der überschuldete Staat wirft also den Eigentümern, die hier Arbeitsplätze vernichten, noch Geld hinterher. Die Verhätschelung der Investoren und der Abbau von Arbeitsplätzen, die Selbstbereicherung in den Topetagen und die Ausbreitung von Armut – das sind die beiden Seiten derselben Medaille. In keinem vergleichbaren europäischen Land können sich Regierung und Konzernchefs unwidersprochen so viel Unwahrheit und dumme Sprüche leisten.

Wenn ausnahmsweise der Unternehmerlobby einmal die Kritik nicht mehr beherrschbar erscheint, dann werden moralische Totschläger aus der Mottenkiste geholt, wie letzters der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber der **metall**-Titelgeschichte über die neuen Finanzinvestoren. Für den Tagesgebrauch reicht das täglich wiederholte Totschlagargument von der »Globalisierung«: Sie sei wie ein Naturgesetz, wird behauptet, niemand könne sich ihr entziehen.

Doch »Globalisierung« ist eine einseitige, interessensgeleitete Vernebelungsmaschine. Während sich die Arbeitnehmer zum Erhalt der »Wettbewerbsfähigkeit« am weltweit niedrigsten Lohn orientieren sollen,

orientieren sich Unternehmensvorstände und Hauptaktionäre am weltweit höchstentwickelten System der Selbstbereicherung. »Globalisierung heißt in Wirklichkeit: Die Löhne orientieren sich an China, die Vorstandseinkommen an den USA«, so sagte es kurz und knapp ein Betriebsrat. Das große Kapital kann sich global so privilegiert und frei bewegen wie noch nie, gleichzeitig, so wird behauptet, müssen Recht und Politik leider, leider national bleiben.

Wider besseres Wissen wird ein Investitionstyp gefördert, der Arbeitsplätze vernichtet und die Besteuerung der Gewinne bis auf Null fährt. Das Glaubensbekenntnis, dass neue Investitionen zu neuen Arbeitsplätzen führen, hat jahrzehntelang die Politik bestimmt. CDU- wie SPD-geführte Regierungen haben dieses Glaubensbekenntnis wie einen täglichen Rosenkranz daher gebetet. Doch dieser Kinderglaube aus der Frühzeit des Kapitalismus wurde und wird von den Investoren selbst widerlegt, heute drastischer denn je.

Mehr Steuern bei Firmenverkäufen

Daraus muss die Konsequenz gezogen werden. Alle staatlichen Vergünstigungen, die für Arbeitsplatzabbau und -verlagerung gewährt werden, sind zu streichen. Der Teil der Steuerreform, der den Erlös aus Firmenverkäufen steuerfrei stellt, ist zu revidieren. Es muss ein Investitionstyp gefördert werden, der das bringt, was die Gemeinschaft braucht: Arbeitsplätze und Steuern. Auf Parteien und Staat dürfen wir dabei nicht warten, wir müssen selbst aktiv werden. ◀

Werner Rügemeier

Beispiel Grohe

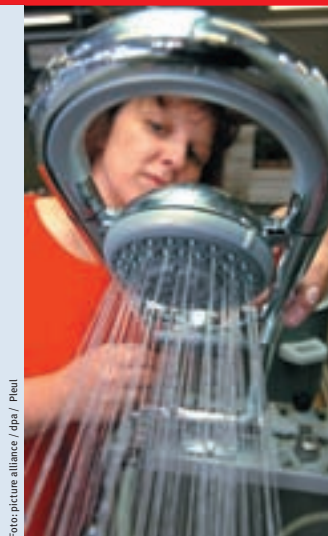
Wie der Ausverkauf deutscher Firmen funktioniert, zeigt der Fall Grohe. Der sauerländische Hersteller von Sanitäranlagen wurde 1999 an die Kapitalfondsgesellschaft BC Partners verkauft. Preis: rund 900 Millionen Euro. Vor knapp einem Jahr reichte BC Partners Grohe an die amerikanische Texas Pacific Group (TPG) und Credit Suisse First Boston Private Equity (CSFB) weiter – für

1,8 Milliarden Euro. Damit hatte der erste Finanzinvestor seinen Einsatz verdoppelt. Aber BC Partners hatte noch mehr Geld aus dem Betrieb gesaugt. Im Jahr 2000 nahmen BC Partners die im M-Dax notierte Friedr. Grohe AG aus der Börse. Kapitalschnitt: 500 Millionen Mark. Durch Dividendenausschüttung kamen noch einmal 700 Millionen Mark dazu.

Das ist nichts verglichen mit dem, was TPG und CSFB vorhaben. Denn Grohe muss nun den Kauf für die neuen Eigentümer finanzieren – durch Schulden.

Die Folgen müssen die Beschäftigten bezahlen: Die Zahlung für die Zinsen erdrückt das Unternehmen. Grohe soll im vergangenen Jahr seinen operativen Gewinn (Ergebnis vor Zinsen und Abschreibungen) zwar gegenüber 2003 (180 Millionen Euro) verbessert haben. Dank der enormen Zinslasten soll sich aber der Verlust nach Steuern gegenüber dem Fehlbetrag von 2003 von 19 Millionen Euro erhöht haben.

Die Unternehmensberatung McKinsey hatte zur Kostensenkung in einem Gutachten vorgeschlagen 3000 der knapp 4500 Stellen zu streichen. So sollten ab 2007 jährlich 150 Millionen Euro eingespart werden. Dank des Widerstands von Belegschaft und IG Metall wurden diese Pläne beerdigt. Dennoch sind die Opfer der Beschäftigten beträchtlich. Das Werk im brandenburgischen Herzberg mit 300 Leuten wird geschlossen. Insgesamt wird 943 Beschäftigten gekündigt, davon sollen allein am größten Standort Lahr 500 bis 600 Stellen gestrichen werden. ◀



Brause-Produktion bei Grohe: Teurer Verkauf



Foto: velfo-press

Handy-Produktion bei Siemens in Kamp-Lintfort: Griff in die Wundertüte



**Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall**

Foto: Marius Klingefer

Die Arbeitgeber sehen sich jetzt ermutigt jede Schnapsidee, die sie einmal gehabt haben, als ernsthafte Forderung in die Debatte zu werfen.

Alle waren wir überrascht, als der Bundeskanzler vor über einem Monat Neuwahlen angekündigt hat. Und jetzt befinden wir uns mitten im Wahlkampf. Die Parteien positionieren sich. Die IG Metall auch. Mit unserem Programm »Arbeit – Innovation – Gerechtigkeit« haben wir unsere Forderungen auf den Tisch gelegt. Die Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

kel kündigt nach einem Wahlsieg sogar einen Politikwechsel an. Aber was für einen. Mit ihrem »Pakt für Deutschland« verpasst sie der Agenda 2010 nur einen Turbo: Noch schneller, noch tiefer und noch radikaler sollen die Einschnitte in die Sozialsysteme sein, die Eingriffe in die Tarifautonomie und in die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Wenn der »Pakt für Deutschland« zum Programm erhoben wird, dann werden die Löhne unter Druck geraten, die Betriebsräte werden erpressbar, die Arbeitszeiten länger und die Arbeitnehmer weniger zu sagen haben als dies heute ohnehin der Fall ist. Die Arbeitgeber frohlocken schon angesichts eines möglichen Wahlsiegs der Union. Handwerkspräsident Otto Kentzler will Krankheitstage gegen Urlaubstage verrechnen. Warum nicht? Wie wäre es mit einer Tauschbörse nach dem Motto »Tausche fünf Krankheitstage gegen einen Urlaubs-

Wir wollen endlich wieder eine soziale Politik

Wir sind eine Einheitsgewerkschaft, keine Partei und kein Parteienersatz. Wir werden nicht empfehlen, wählt diese oder jene Partei. Und trotzdem werden wir uns einmischen, mitreden, aufklären.

Denn die Menschen müssen wissen, wie wichtig die Entscheidung ist, die sie voraussichtlich im September mit ihrem Kreuz auf dem Wahlzettel treffen. Klar ist, die Agenda 2010 hat sich als Irrweg erwiesen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht gefallen, sondern gestiegen, der Staat ist nicht reicher, sondern ärmer geworden, die Zukunft der Menschen nicht sicherer, sondern unsicherer und das Wachstum stagniert. Machen wir uns nichts vor: Neun Mal stand die Agenda 2010 auch bei Landtagswahlen zur Abstimmung, neun Mal haben die Wähler der SPD die Gefolgschaft verweigert. Man muss kein Prophet sein, aber ein »Weiter so« wird die Menschen im Herbst nicht überzeugen.

Alle Umfragen zeigen einen haushohen Vorsprung für die Union. Und Angela Mer-

tag«. Grotesk. Die Arbeitgeber sehen sich jetzt ermutigt, jede Schnapsidee, die sie einmal gehabt haben, als ernsthafte Forderung in die Debatte zu werfen.

Indem wir uns in den Wahlkampf einmischen verhindern wir, dass sich die Volksvertreter wegducken können. Dass die Union einen Kuschelwahlkampf ohne Inhalte führt, damit keiner merkt was sie eigentlich vor hat. Und dass die SPD mit einem »Weiter so«-Wahlkampf sich und das Land ins Abseits führt. Wir müssen sie mit unseren Positionen stellen. Es liegt an den Parteien, um uns zu werben. Wir wissen was wir wollen.

Einen Politikwechsel – für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit.

Jürgen Peters



Jugend-Aktionstag

»Gewerkschaftspolitik macht mir Spaß«

Unterwegs mit Bezirksjugendvertreter Ivan Curkovic, 21, beim Aktionstag der IG Metall-Jugend in Nürnberg.

man Politikerköpfe auf Blechdosen einfach wegballern. Luftballons werden aufgeblasen, T-Shirts und Trillerpfeifen verteilt, die übergroßen Papphände mit erhobenem Zeigefinger angelegt. Gleich geht der Demonstrationzug von tausenden Jugendlichen durch die Innenstadt los. »Wir wollen, dass ganz Deutschland nach Nürnberg schaut und unsere Motivation versteht«, erklärt

stand auf den Ausbildungspakt und brüstet sich damit, fünf Leute einzustellen, die dann aber nicht tarifvertraglich geschützt sind«, erläutert Ivan. Deswegen fordert der Bezirksjugendvertreter auch die Umlagefinanzierung: »Wer nicht ausbildet, soll zahlen – dafür stehe ich.«

Als Interessensvertreter ist es Ivans primäres Ziel, »dass in unserem Betrieb auf hohem Niveau ausgebildet wird, mit soviel wie möglich Auszubildenden«. Jetzt, wo sich der Demo-Zug unter Getöse langsam der Kundgebung auf dem Hauptmarkt nähert, steht er auf einem Lkw und schießt mit einer Flyer-Kanone Botschaften in die Menge: »Gleiche Chancen und Ausbildung für Alle« oder »Bildung für Alle sichert unsere Zukunft« steht auf den Flyern. Ivan geht mit Fleisch und Blut in der Gewerkschaftspolitik auf. »Man hat mir zugehört, plötzlich hat meine Meinung auch andere Interessierte gefunden. Wenn man dann sieht, wie sich alles entwickelt, wie man eigene Ideen einbringt, die dann umgesetzt werden, ist das einfach eine prima Sache.«

Auf dem Hauptmarkt fordert der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, vor den jungen Metallern ein entschiedenes Vorgehen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmisere. Später folgt ein Theaterstück mit zwei Gerhard Schröder-Figuren und zwei Kugelmännchen, das die Ungleichheit der Bildungschancen symbolisiert. Ivans Arbeitsstab aus Baden-Württemberg hat das Szenario mitgestaltet. »Am Ende werden die Schröders von unserer Einsatztruppe vertrieben und die Kugelmännchen wieder zueinander gebracht, damit jeder glücklich ist. Es ist halt die Frage, wie man Politik definiert – wir Jugendlichen machen es eben ein wenig anders«, erklärt er nicht ohne Stolz.

Als dann abends auf der Wöhrder Wiese alle zusammen zur Musik von Gentleman, H-Blockx und Fiddler's Green feiern, ist Ivan mittendrin. Und später zur Aftershow-Party sieht man in ausgelassener Stimmung auf der Tanzfläche zu Dancehall tanzen. Spaß und Politik gehören für Ivan einfach zusammen: »Ich liebe Musik über alles, da muss ich tanzen. Aber ein ganz großer Baustein in meinem Leben sind Gewerkschaft und Politik. Das ist für mich auch Freizeit.«

Olaf Karnik



Bezirksjugendvertreter Ivan Curkovic (mit oranger Weste) auf dem Jugend-Aktionstag: »Gewerkschaft ist auch Freizeit«

»Wir können auch anders«, tönt es aus dicken Boxen von der Lkw-Rampe. Alle singen mit. Das poppige Rapstück wurde eigens zur aktuellen Kampagne der IG Metall-Jugend produziert und erweist sich als echter Hit. Alle hier wollen eine qualifizierte Ausbildung, keiner will mehr leere Versprechungen über den Ausbildungspakt oder die Umlagefinanzierung hören. Es ist gegen 12 Uhr mittags auf dem sonnenhellen Aufsessplatz in Nürnberg, und dieser 18. Juni verspricht ein heißer Sommertag zu werden.

Beim Aktionstag der IG Metall-Jugend wird Dampf abgelassen. Am meisten Spaß macht die »politische Wurfbrude«, hier kann

Ivan Curkovic, 21, Bezirksjugendvertreter aus Baden-Württemberg, der sich heute als Ordner in oranger Weste und mit Walkie-Talkie um seine Leute kümmert.

Ivan hat vor zweieinhalb Jahren seine Lehre als Industriemechaniker mit Fachrichtung Produktionstechnik in einem Neckarsulmer Konzern abgeschlossen. Dort ist er Vertrauensmann und seit fünf Jahren auch Jugend- und Auszubildenden-Vertreter. »Der nationale Pakt für Ausbildung hat überhaupt nicht funktioniert. In meinem Betrieb haben wir früher immer 30 Auszubildende eingestellt. In den letzten zwei Jahren sind die Zahlen aber um zehn zurück gegangen. Trotzdem beruft sich der Vor-

Zurück ins 20. Jahrhundert?

Stromwirtschaft und Union proben in der Energiepolitik die Rolle rückwärts. Statt Erneuerbare Energien (EE) verstärkt zu fördern, wollen sie die Atomkraft wiederbeleben. Die EE-Branche ist entsetzt.

Angela Merkels Reform-Ankündigung im Berliner Interconti-Hotel klang wie eine Botschaft von Vorgestern. Es sei »wirtschaftlich nicht zu vertreten«, erläuterte sie auf dem Kongress des Verbands der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), den Anteil des Ökostroms bis 2020 auf 20 Prozent zu schrauben. Dieses Ziel haben sich Bundesregierung und Europäische Union gesetzt, um die Energiewende zu forcieren. Eine unionsgeführte Bundesregierung, kündigte die Kanzlerkandidatin an, werde die Zielvorgabe kippen und längere Restlaufzeiten für alte Atommeiler ermöglichen. Merkel war unter Kohl mal Bundesumweltministerin.

Die Strommanager jubelten. Immerhin kostet sie der aktuelle Boom der erneuerbaren Energien jährlich ein Prozent ihres Marktanteils. Zeit für die Rolle rückwärts, glauben sie.

Tatsächlich hätte sich Angela Merkel kaum einen dümmen Zeitpunkt für ihre Grundsatzrede aussuchen können. Denn am gleichen Tag kletterten die Benzinpreise auf 1,239 Euro je Liter – ein neuer Rekord. Die Marke gibt einen Vorgeschmack von dem, was noch kommt. Denn dass atomare und fossile Energieträger immer teurer werden, gilt als sicher. Schließlich

sind ihre Vorräte beschränkt: In 43 Jahren gehen die Erdölvorräte zur Neige, in 40 Jahren ist Schluss mit Uran, in 67 Jahren sind die Erdgasvorräte aufgebraucht, in 164 Jahren die Stein- und Braunkohlevorräte. Und dann?

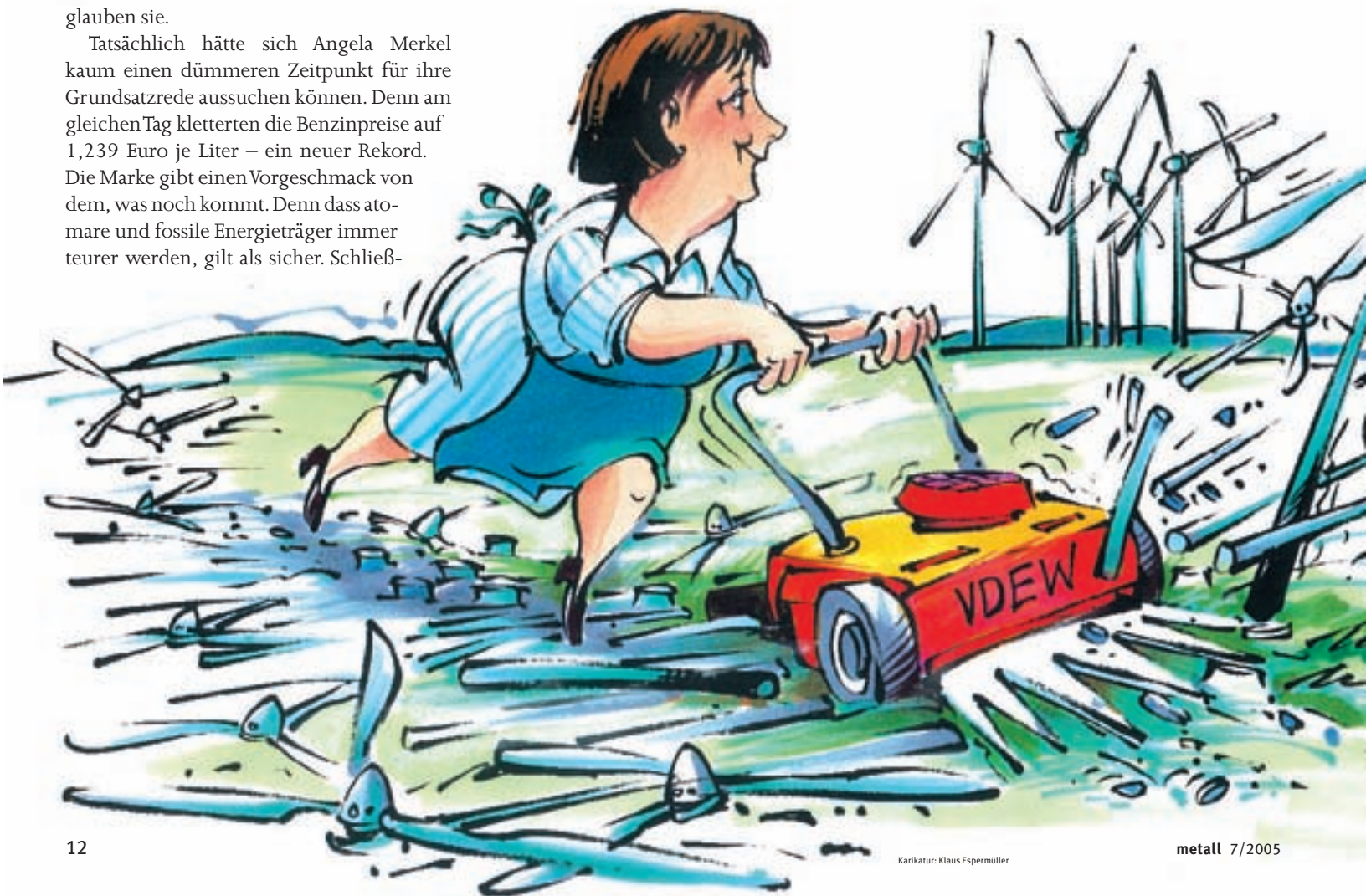
»Die jüngste Energiepreisdebatte zeigt wieder einmal die hohe Importabhängigkeit nicht erneuerbarer Energieträger wie Erdöl oder Kohle«, erinnerte Wolfgang Rhode, Mitglied des geschäftsführenden IG Metall-Vorstands Mitte Juni, »dort liegen auch die Risiken des Strompreises – nicht bei den Erneuerbaren.« Da fossile Energieträger zudem auch noch für die klimaschädlichen Treibhausgase verantwortlich seien, müsse ihr Anteil »Zug um Zug« zu Gunsten erneuerba-

rer Energien verändert werden. Genau das scheinen die Strommanager verhindern zu wollen, drückt doch jedes Kilowatt Sonnen- oder Windstrom ihren Umsatz. Im Fokus ihrer Aktivitäten steht dabei das Erneuerbare Energiengesetz (EEG, siehe Kasten). Es müsse,

»Energieträger wie Kohle oder Öl erhöhen die Risiken des Strompreises«

fordert VDEW-Präsident Werner Brinker, wieder weg und durch alternative Modelle wie in England und Italien (vergleiche Interview auf Seite 13) ersetzt werden.

Tatsächlich werden ausgerechnet in den Ländern, die der VDEW als Vorbild bemüht, die höchsten Preise für Windenergie gezahlt – was Wunder, dass selbst VDEW-Mitglieder irritiert sind. Gerhard Falkenstein von der Deut-



schen Kreditbank: »Die Umsetzung des VDEW-Vorschlags würde unmittelbar zu einer Verdrängung der kleinen und mittelständischen Wettbewerber durch die großen Energiekonzerne führen. Wer den Ausbau der erneuerbaren Energien fortsetzen will, kann das nicht unterstützen.«

Auch die Mitglieder des Bundesverbands Erneuerbarer Energien (BEE) sind entsetzt. »Das Erneuerbare Energiegesetz (EEG) ist das weltweit effektivste politische Förderinstrument für Erneuerbare Energien«, erinnerte etwa »Eurosolar«. Die dafür gegenwärtig aufzubringenden Mehrkosten von 15 Euro je Vierpersonenhaushalt und Jahr seien niedriger als die auf die Strompreise aufgeschlagenen Mehrkosten für die atomare Entsorgung, und auch niedriger als die Kohlesubventionierung.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) hat ebenfalls gewarnt. Wenn es den Stromkonzernen gelänge, das EEG abzuschaffen, »gerät die aufstrebende Branche der erneuerbaren Energien, die zu einem wichtigen Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor geworden ist, unter Druck«. Derzeit sind dort rund 130 000 Menschen beschäftigt.

Tatsächlich hat die Branche der Erneuerbaren Energien mit Hilfe des EEG einen beispiellosen Aufschwung geschafft. So kosten Fotovoltaikanlagen nur noch halb so viel wie vor einigen Jahren, die Leistung moderner Windkraftäder ist fünf Mal so groß wie 1998. Experten schätzen, dass sie ihren Strom in spätestens zehn Jahren wettbewerbsfähig produzieren können.

Insgesamt wurde der Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von 4,7 Prozent (1998) auf 9,9 Prozent (2004) gesteigert. Nebenbei werden auch noch jährlich rund 70 Milliarden Tonnen klimaschädliches Treibgas eingespart.

»Es macht wenig Sinn, diesen Prozess zu verlangsamen«



Foto: BEE

Nachgefragt . . .

metall: Stromwirtschaft, FDP und Teile der Union wollen das Erneuerbare Energiegesetz kippen. Was wäre die Folge?

Nitzschke: Der Ausbau erneuerbarer Energien würde massiv gebremst. Kleine und mittelständische Betriebe im Bereich erneuerbarer Energien würden verschwinden, ihre Marktanteile unter den Konzernen aufgeteilt. Genau das ist die Absicht der Stromwirtschaft. Die Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien würden dabei mit Sicherheit steigen.

metall: Die Stromwirtschaft will erneuerbare Energien mit einem alternativen »Quoten-system« fördern.

Nitzschke: In England und Italien gibt es dieses System bereits. Es hat bewirkt, dass jetzt nur noch die Großen am Markt sind, der Ausbau erneuerbarer Energien stagniert und

. . . bei **Milan Nitzschke**, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbarer Energien (BEE).

die Preise sind höher als bei uns. Traditionelle Energieunternehmen haben eben kein Interesse daran, auf erneuerbare Energien zu setzen.

metall: Bis 2040 wird sich der Energieverbrauch weltweit verdoppeln. Ist dieser Bedarf mit Biogas, Sonnen- oder Windstrom zu decken?

Nitzschke: Bis 2040 wird das Öl so teuer sein, dass es durch alternative Energieträger ersetzt werden muss. Sowohl technisch als auch vom landwirtschaftlichen Potenzial her ist das kein Problem. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags hat ermittelt, dass bis 2050 die Hälfte der in Deutschland benötigten Energie aus erneuerbaren Energien zu realisieren ist.

metall: Was erwarten Sie von der Politik?

Nitzschke: Egal, wer die Regierung stellt: Die bisherige Förderung erneuerbarer Energien über das Erneuerbare Energiegesetz darf nicht in Frage gestellt werden. Allein in diesem Jahr plant die Branche Investitionen in Höhe von sieben Milliarden Euro, nächstes Jahr wird das noch mehr. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze und dürfen nicht gefährdet werden. ◀

men«, hat Wolfgang Rhode die von Union und Stromkonzernen angekündigte Rückwärtsrolle kritisiert, »die Energiepolitik darf nicht zum Spielball der Interessen großer Stromversorger werden«.

Jahrelang hat deren Vorliebe für Öl oder Atomkraft bewirkt, dass die Bundesrepublik Deutschland bei den erneuerbaren Energien in Europa am unteren Ende der Skala rangiert. Und jetzt, nachdem mit Hilfe des EEG die Energiewende ins Rollen kommt, soll die Zukunftstechnologie der Windmühlen oder Solaranlagen wieder hinten anstehen?

Wenigstens beim Thema Energiepolitik kommen hoffnungsvolle Signale aus Brüssel. Denn kaum hatte Angela Merkel vor der versammelten Stromwirtschaft ihre düsteren Ziele propagiert, meldete sich EU-Kommissar Andris Piebalgs zu Wort: Es sei unverkennbar, rüffelte er die verdutzten Strommanager, dass direkte Fördermaßnahmen auch künftig grundlegende Bedeutung für die Förderung Erneuerbarer Energien hätten.

Ob die Kanzlerkandidatin der Union verstanden hat, ist nicht überliefert. ◀

Fritz Arndt

DAS ERNEUERBARE ENERGIENGESETZ (EEG)

Das EEG garantiert den Produzenten von Strom aus Windkraft, Sonnenenergie, Biogas- oder Wasserkraft langfristig die Abnahme zu garantierten Preisen. Die Bundesregierung hat so einen verlässlichen Rahmen für Investitionen geschaffen. Die Kosten für die garantierten Einspeisepreise belaufen sich lediglich auf zwei Prozent der gesamten Stromkosten. Das von

der Stromwirtschaft immer wieder vorgetragene Argument, die garantierten Preise für Ökostrom verzerrten den Wettbewerb, ist falsch. Denn die Förderung gleicht lediglich Subventionen aus, von denen Kohle- und Atomstrom seit Jahren profitieren. Das EEG gilt weltweit als erfolgreichstes Instrument zur Förderung erneuerbarer Energien. ◀



Die Bilanz nach fast 30 Jahren falscher Politik: Armut und Arbeitslosigkeit

Der Publizist Albrecht Müller über das Scheitern des Neoliberalismus

» Mit hängenden Mundwinkeln läuft er in diesen Tagen über die langen, dunklen Flure in seinem Ministerium. . . . Wolfgang Clement weiß, dass er am Ende seiner politischen Laufbahn steht. Und er weiß auch, dass er mit seiner Reform des Arbeitsmarkts gescheitert ist.« – Drastischer als es die Springer-Zeitung »Welt« formuliert, kann das Elend der neoliberalen Politik kaum beschrieben werden.

Der Superminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, und mit ihm alle Reformer, die die Politik unseres Landes seit Jahren beherrschen, sind gescheitert. Sie haben nicht nur Abertausenden von Menschen weh getan, ihre Lohn-einkommen gedrückt sowie wil-lentlich Ungerechtigkeit und Demütigung zur Norm gemacht. Manche Arbeitnehmer hätten sich damit ja arrangiert, dass sie zurück-stecken und Einschnitte hinneh-men müssen, wenn dies neue Ar-beitsplätze schafft. Aber das Erdul-den lohnte sich nicht. Die Reformer sind rundum gescheitert. Rundum und zulasten der Mehrheit unseres Volkes und vor allem der Arbeitnehmer.

Jeden Tag kommen neue Hiobsbotschaf-ten. Es fehlt nur noch die offizielle Bankrotter-klärung. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Arbeitnehmer aufstehen und jeder einzelne seine Interessen ernst nimmt. Lassen wir uns also nicht einreden, wir hätten einen Reform-

stau. Das ist die Basis-Lüge im Reformlügen-gebäude.

Spätestens von Beginn der Kanzlerschaft Kohls an wird hierzulande reformiert. In der Regierungszeit Kohls von 1982 bis 1998 wurden die Arbeitnehmer immer wieder be-lastet und die Wirtschaft entlastet. Als die SPD noch in der Opposition und auf Seiten der Ar-beitnehmerschaft stand, nannte sie das wie



Die Bilanz der Schröder-Regierung: Über 5 Millionen Menschen sind ohne Arbeit, ein trauriger Rekord

die Gewerkschaften auch »Sozialabbau«. Es gab und gibt keinen Reformstau. Wo aber sind die Erfolge für uns alle geblieben? Wo der ver-sprochene Wirtschaftsaufschwung? Wo die Arbeitsplätze? Die Arbeitnehmer haben of-fensichtlich umsonst geblutet. Die Lohnfort-zahlung wurde abgesenkt, mehrmals wurden die Ladenöffnungszeiten gelockert und

40 000 neue Arbeitsplätze versprochen – wo sind die geblieben? Dann wurde die Green-card und die Riester-Rente eingeführt. Die Renten sind mit dieser Privatisierung um kei-nen Deut sicherer geworden. Im Gegenteil.

Es wurde privatisiert und dereguliert – ganz wie es die neoliberale Theorie empfiehlt. Auch bei den Steuern. Sieben gravierende Steuerreformen und Senkungen, von Kohl bis Schröder: Die Vermögenssteuer und die Ge-werbekapitalsteuer wurden gestrichen. Der Spitzensteuersatz wurde auf 42 Prozent abge-senkt. Und die Besteuerung der Gewinne bei Verkauf von Unternehmen wurde erlassen. Das war dann auch die Einladung an auslän-dische Großinvestoren, auch »Heu-schrecken« genannt, hierzulande selbst gut gehende Unternehmen wie beispielsweise den Armaturenhersteller Grohe aufzukaufen, auszuplündern, dem Unternehmen und letztlich den Beschäftigten die Schulden der Ausplünderung aufzubürden.

Nach neoliberaler Theorie müssten die Investitionen »brummen«. Doch wo sind die Erfolge geblieben? Schon die Theorie stimmt nicht. Unternehmen produzieren mehr und investieren, wenn sie gute Aufträ-ge erwarten können. Steuersenkungen neh-men sie mit. Das ist alles.

Als Hartz I bis III – das ist die erste Gruppe von sogenannten Arbeitsmarktreformen – verabschiedet wurde, trat der Kommissions-vorsitzende Peter Hartz vor die Fernsehkame-ras und verkündete, das bringe zwei Millio-nen Arbeitsplätze. Das war im Sommer 2002. Haben Sie inzwischen von den zwei Millio-nen irgendetwas gesehen? Es ist die reine Ka-tastrophe. Den »Spiegel« – dieses Kampfpor-

Die Chronik des Neoliberalismus und seine Misserfolge

1947

Der Ökonom Friedrich Hayek gründet die »Mont Pelerin Society«, die Wiege des Neoliberalis-mus. Seine Schülerin: Margaret Thatcher

1979

Margaret Thatcher wird Premierministerin in England



Die Sozialdarwinistin Thatcher hat keinen Skrupel, immer mehr Wettbewerb zu fordern und in Großbri-tannien durchzusetzen. Sie kämpft gegen Gewerkschaften und betreibt massiven Sozialabbau. Außer-dem privatisiert die Eiserne Lady alles was zu privati-sieren ist. Thatchers Lieblingskommentar dazu: »Es gibt keine Alternativen.« Die Bilanz ihrer Politik: In England ist heute jede vierte Person und jedes dritte Kind arm.

Der Neoliberalismus wird mit Thatcher sowie auch US-Präsident Ronald Reagan salonfähig und breitet sich weltweit aus. Der Glaube an die neoliberale Poli-tik, die den Märkten alle Macht geben will, wird auch als Allheilmittel für Entwicklungsländer gepriesen. Erstes Opfer: Chile. Der Versuch endet im Chaos.



Foto: picture-alliance / dpa / Karmann

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement ist ratlos: Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt bringen bisher laut Bundesrechnungshof nichts weiter als zusätzliche Kosten. Das Versprechen war ein anderes: 2 Millionen neue Arbeitsplätze dank Reformen

Die falsche Politik

1982

Helmut Kohl wird Bundeskanzler

In Deutschland bringt Kohl die neoliberale Wende. Auch er setzt wie Thatcher auf Privatisierung und leitet viele Maßnahmen zur Schwächung des Sozialsystems ein, wie beispielsweise die erste Gesundheitsreform.

1989

Glasnost in den Ostblockstaaten

Die 80er Jahre stehen im Zeichen des politischen Wandels. Mit Glasnost kommt die Wiedervereinigung Deutschlands und der Zusammenbruch der Sowjetunion. Zu spät entdecken die Politiker, dass nicht alles aus der ehemaligen DDR schlecht war. Doch für Kinderkrippen und die meisten ostdeutschen Produkte ist es bereits zu spät.

Foto: picture-alliance / dpa / Karmann



1995

Gründung der Welthandelsorganisation (WTO)

In den 90er Jahren wird die Globalisierung mit Volldampf vorangetrieben. Das Ziel der Welthandelsorganisation: weltweiter Freihandel zu jedem Preis. Länder die mitmachen, werden belohnt. Die anderen abgestraft.

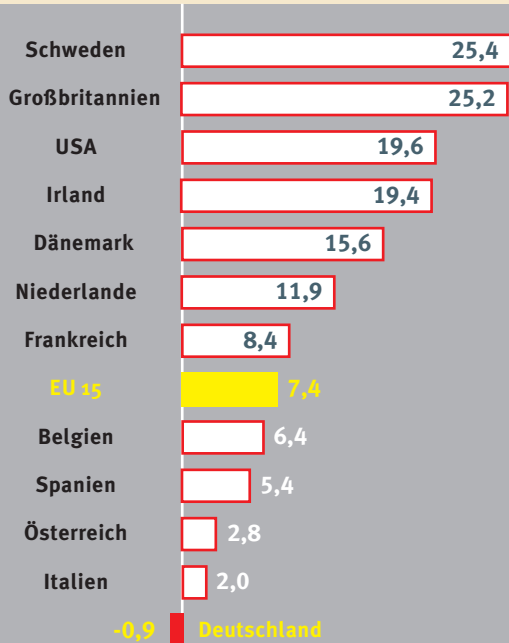
Die Tigerstaaten Südostasiens gelten als Vorbilder der Liberalisierung und Marköffnung. Solange bis der Boom 1998 in einem traurigen Finanzcrash endet, von dem sich beispielsweise Indonesien bis heute nicht erholt hat.

Foto: Hans-Günther Oed



Zu niedrige Lohnsteigerung

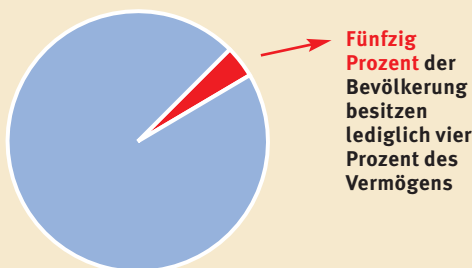
Reallohnentwicklung in Deutschland, Europa und den USA 1995 bis 2004 – in Prozent –



Quelle: Europäische Kommission; WSI-Tarifarchiv

In den letzten zehn Jahren stiegen die Einkommen der abhängig Beschäftigten in den 15 alten EU-Ländern real um 7,4 Prozent, in den USA um 19,6 Prozent, in Großbritannien und Schweden sogar um etwas über 25 Prozent. In Deutschland sind die Einkommen im gleichen Zeitraum hingegen um 0,9 Prozent gesunken.

Arme werden immer ärmer



Fünzig Prozent der Bevölkerung besitzt insgesamt nur vier Prozent des Nettovermögens aller Haushalte in Höhe von fünf Billionen Euro. Die anderen 50 Prozent teilen also 4,8 Billionen Euro unter sich auf. Das heißt: Die Reichen werden immer reicher, während die Armen immer ärmer werden.

gan der Neoliberalen und Arbeitgeberinteressen – zitiere ich ungern. Aber im Mai hatte man in der Redaktion in Hamburg offenbar eine Art Erleuchtung: Unter dem Titel «Die total verrückte Reform – Milliarden-Grab Hartz IV» zieht das Blatt am 23. Mai die Bilanz aller Hartz-Gesetze. Das Urteil ist vernichtend: »Das Hartz-Projekt ist eine gigantische politische Fehlkonstruktion. Was dem hiesigen Arbeitsmarkt neuen Schwung verleihen sollte, droht zur größten staatlichen Finanzkatastrophe seit der deutschen Einheit zu werden.« Und dann das Fazit: »Ohne eine grundlegende Reform der Reform ist das Projekt nicht zu retten.«

Die Beschreibung ist richtig, das Fazit ist der übliche Denkfehler der Neoliberalen. Sie denken nicht nach, sie legen nach. Nach der gescheiterten Reform noch eine Reform. Sie sind wie Drogenabhängige: Wirkt die Droge nicht, dann wird die Dosis erhöht.

Als der Bundesrechnungshof schon im Oktober letzten Jahres feststellte, die Hartz-Reform sei wirkungslos, tönnte der damalige BDI Präsident Michael Rogowski: »Wenn Sie fragen: Wo sind die Jobs, und wie kriegen wir die Jobs, dann würde ich empfehlen: Hartz V bis VIII.« Wir haben Zyniker an der Spitze. Auch das ist unser Problem.

Auch die Reform der Bundesagentur ist eine einzige Fehlleistung. 80 Prozent aller Job-

vermittlungen geschehen nach wie vor unter Ausschluss der Bundesagentur. Personal wird von den Betrieben auf verschiedene Weise gewonnen, über Empfehlungen, über Anzeigen oder über Aushänge. Das ist das Normale. Jedes Kind weiß das. Nur unser zuständiger Minister und seine Berater, die das Hartz-Konzept formuliert haben, wissen es offenbar

sichtlich nicht. Die ganze Arbeitsmarktreformen, in der Minister Clement sein Hauptkampf-feld sieht, betrifft einen Bruchteil des Arbeitsmarkts und der Volkswirtschaft insgesamt sowieso. Eichels Finanzplanung ist im Eimer, Clement zieht verbissen durchs Ministerium. »Die von einer Allparteien-Koalition verabschiedete Hartz-Reform« – so der »Spiegel« – »führt zu Mehrkosten, die den Bildungsetat deutlich übersteigen. Neue Arbeitsplätze sind auf diese Weise allerdings

nicht entstanden – außer in der Bürokratie.

Während all der vielen neoliberal geprägten Reformen ist die Arbeitslosigkeit geklettert und das Wachstum in den Keller gesunken. Seit 1992 wächst unsere Volkswirtschaft gerade mal um 1,3 Prozent im Durchschnitt pro Jahr. Das ist unterhalb des Zuwachses an Arbeitsproduktivität. Und dieser Niedergang ist 1992 von Bundesbank und Bundesregierung Kohl bewusst oder aus Dummheit gemacht worden. Sie haben den Einheitsboom



Proteste gegen die Studiengebühr: Sozialstaat wird immer weiter abgebaut

Foto: picture-alliance / dpa / Rüger

Foto: Werner Bachmeier

1998

Gerhard Schröder wird Bundeskanzler

Schröder will sich mit der Agenda 2010 als Reformkanzler ein Denkmal setzen.



Foto: Netzhaut / Hoppe

1999

Im amerikanischen Seattle kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen während der WTO-Konferenz

Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Globalisierungsgegner und viele andere Organisationen warnen immer stärker vor den Folgen der neoliberalen Politik. Eine ungeheure Wut macht sich breit. Nach den Bilanzfälschungen und der Pleite großer Konzerne wie Enron und Worldcom will keiner mehr Leidtragender des Neoliberalismus sein. Die Forderung nach mehr Staat, gerechte Sozialsysteme und Solidarität wird wieder lauter.



Foto: picture-alliance / dpa / Nelson

Das Elend der neoliberalen Politik: Ratlosigkeit und Proteste



Proteste gegen Hartz IV: Wie sollen Arbeitsplätze entstehen, wenn man Arbeitnehmern und Arbeitslosen immer mehr Geld wegnimmt und sie verunsichert? Wenn man die Zumutungen erhöht, den Kündigungsschutz lockern will sowie das Vertrauen in die Arbeitslosenversicherung zerstört?

mit hohen Zinsen und Sparversuchen abgebrochen. Und sie haben die Löhne in den Keller geredet, und sich selbst nur noch um die skizzierten Reformen gekümmert und nicht darum, die Konjunktur anzuschieben.

Es fehlt jetzt nur noch die offizielle Bankrotterklärung der Neoliberalen. Aber natürlich tun sie alles, um sie zu vermeiden. Sie sind mit ihren Ausreden sehr kreativ: Die »Welt« beispielsweise versucht es mit einer seit vier Jahrzehnten geübten Schuldabschiebung. Clement sei nicht an sich selbst, sondern an der SPD gescheitert. An den Linken also. Zum Lachen, aber es wird geglaubt.

Andere Neoliberale behaupten, es sei zu langsam und zu wenig reformiert worden.

Deshalb hätten die Reformen nicht gewirkt. Sie legen jetzt ständig nach, jeden Tag mit einem neuen Vorschlag: Kombilöhne, Löhne im Osten runter, Unternehmenssteuern weiter runter, Mehrwertsteuer rauf, Krankheitstage auf den Urlaub anrechnen. Die Liste nimmt kein Ende.

Schröder versucht die Bankrotterklärung der neoliberalen Theoretiker dadurch zu vermeiden, dass er Neuwahlen arrangiert, bei denen er über die Reformen abstimmen lässt. Über was? Über ihre Fortsetzung? Über ihr Scheitern? Das ist absurd, aber es verfängt, weil die

Mehrheit der Medien und der Wissenschaft dieses Theater mitspielt. Deshalb müssen Arbeitnehmer und die Gewerkschaften jetzt eine Gegenbewegung starten. Von Mund zu Mund sozusagen. Offensiv und selbstbewusst. Wohl wissend, dass sie bisher schon immer zum Richtigen geraten haben. Sie haben beispielsweise immer dafür geworben, die Binnennachfrage zu stärken und damit die Konjunktur anzuschieben. Sie haben vor den vielen Versagern unter den Reformen gewarnt.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich aufraffen, die bisherigen Machenschaften beim Namen zu nennen.

Offensiv sein, heißt jetzt konkret für Metal-ler: Stellt die Kandidaten zum Bundestag in ihren Wahlkreisen zur Rede. Fragt sie nach den Erfolgen ihrer bisherigen Zumutungen für die Arbeitnehmer. Fragt sie, ob und warum sie den gescheiterten neoliberalen Weg weiter gehen wollen. Jetzt müssen die Verantwortlichen endlich das Scheitern des Neoliberalismus erklären. Und Taten müssen diesen Offenbarungseid begleiten. Ich nenne drei konkrete Entscheidungen, die den Kurswechsel glaubwürdig machen würden:

Erstens ein konkretes Programm zur Ankurbelung der Binnennachfrage.

Zweitens die Wiederherstellung des Vertrauens in die Arbeitslosenversicherung durch Korrektur von Hartz IV.

Drittens die Aufhebung der Steuerbefreiung für die Gewinne der »Heuschrecken« noch vor der Wahl.

Denn: Für Kapitalismuskritik in Worten allein und ohne Taten können wir uns nichts kaufen. ◀



Ex-Kanzler Kohl, »Focus«-Chef Markwort und FDP-Kandidat Westerwelle (oben im Bild): Politik und Medien ziehen am gleichen Strang. Mit Hilfe von Initiativen, Beratern und Kooperationen sollen die Menschen hierzulande vor allem eins verstehen: Es braucht Reformen, die gut sind für die Wirtschaft und schlecht für den Sozialstaat. Wie es schon unter Thatcher begann. Doch die Erfolge lassen bis heute auf sich warten. Nur die Zigarren der Bosse werden immer dicker, ihre Weine immer teurer und ihre Gehälter immer höher. Deshalb fordert die IG Metall sozial gerechte Alternativen zur »Agenda 2010« und zum Frontalangriff von CDU/CSU und FDP.

2005

Der Kanzler will Neuwahlen, hält aber an seiner Politik fest

Rot-Grün verlieren immer mehr Landtagswahlen. Dennoch lassen sich die Neoliberalen nicht beirren. Vor allem nicht die Arbeitgeber. Der ehemalige BDI-Präsident Michael Rogowski (unten im Bild) hat nur eine zynische Antwort auf die Sorgen der Beschäftigten: »Wenn Sie fragen: Wo sind die Jobs, und wie kriegen wir die Jobs, dann würde ich empfehlen: Hartz V bis VIII.«



Für die genaue Bearbeitung benötigen wir noch einige Unterlagen von Ihnen:

- Kopie des Führerscheins
- **Bescheinigung der Krankenkasse über die Fehlzeiten der letzten 3 Jahre**
- Kopie Ihrer Zivildienstbescheinigung

WIR SUCHEN DIE BESTEN !!!

DIE CHANCE

Wir sind ein internationales Markenunternehmen mit Erfolgsgeschichte!
Durch die ständig steigende Nachfrage unserer Produkte suchen wir ab sofort Topverkäufer (m/w) auf selbstständiger Basis.

Wir bieten

- feste Kundentermine
- kostenlose Topausbildung
- € 70.000 - € 90.000 p.a.
- kein Kapitaleinsatz Ihrerseits
- und vieles mehr

Bitte keine Anfänger und keine Dienstwagensucher !!!

Tel. [redacted] nur Montag von 8.00 - 12.00 und 13.00 - 18.00 Uhr

Für unser **Gästehaus** in Hamburg suchen wir einen (m/w)

KOCH

mit vielseitigen handwerklichen Fähigkeiten

Als berufserfahrener Koch übernehmen Sie in Zusammenarbeit mit zwei weiteren Mitarbeitern die Ausrichtung von Einladungen, d. h. Planung, Vorbereitung und Zubereitung von Menüs und Getränken sowie die Einweisung der Aushilfen.

Zu Ihrem Aufgabenschwerpunkt gehört im Rahmen der Wartung und Instandhaltung des Hauses die Ausführung von Reparatur- und Malerarbeiten, die Schwimmbad-, Garten- und Kfz-Pflege sowie die Übernahme von gelegentlichen Fahrdiensten.

Darüber hinaus bringen Sie die Bereitschaft zur Übernahme eines gelegentlichen Anwesenheitsdienstes an Wochenenden mit.

Sie sollten zwischen Anfang bis Mitte 30 Jahre alt und verheiratet sein sowie einen guten Leumund besitzen.

Wenn Sie an dieser Vertrauensstellung interessiert sind, erbitten wir Ihre aussagefähigen und vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Angabe von Referenzen an:

Hamburg Süd • Herrn Sebastian
[redacted] Str. 59-61 • [redacted]

GELD IST GEDRUCKTE FREIHEIT!
WIE FREI SIND SIE?
Hr. Schulze, Mo/Di

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von metall-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



Die neue Vorstandsverwaltung der IG Metall

Eine gute Tradition weiter fortsetzen

Die IG Metall hat Alternativen. Die neue Vorstandsverwaltung in Frankfurt am Main ist Spiegelbild dieser Politik. Das Gebäude bietet nicht nur ein modernes Konzept für Arbeiten, Wohnen und Leben. Das Haus zeigt auch neue Perspektiven in Sachen ökologisches, demokratisches und lohn gerechtes Bauen.

Das neue Gewerkschaftsgebäude liegt strategisch genau richtig. Ein Bollwerk zwischen Banken und Bahnhofsviertel in Frankfurt am Main. Zehn Jahre dauerte es vom Architekturwettbewerb bis zum Einzug ins MainForum, so der Name des Hauses. Dazwischen lagen Abriss, Spatenstich, Richtfest und ein Bauarbeiterstreik. Am 16. Juni 2003 beschloss der Vorstand, in das MainForum und damit an seinen alten Standort zu ziehen. Fast zwei Jahre später wurde das Haus nun offiziell eröffnet.

Seit 1950 ist Frankfurt am Main der Sitz der IG Metall Vorstands. Der Grund: Der Vereinigungs-Verbandstag in Lüdenscheid entschied sich im Jahr 1948 für den Standort

Der Standort hat auch symbolischen Charakter, denn das Haus ist sichtbares Zeichen für die Arbeiterbewegung: Es liegt mitten in der Stadt, die als Hauptstadt des Finanzkapitals gilt. »Wenn in den heutigen Zeiten der Globalisierung den Glaspalästen der Finanzwelt ein solides Gewerkschaftshaus ebenbürtig gegenübersteht, dann gilt, was der Architekt Erich Mendelsohn schon für das Berliner Haus der IG Metall sagte: »Es ist ein Symbol der großen Macht des arbeitenden Volkes««, betont der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters.

Das MainForum hat aber nicht nur Symbol- sondern auch Vorbildcharakter. Denn die IG Metall ist nicht irgendein Bauherr. Die Organisation nimmt auch ernst was sie von anderen als soziale Verantwortung erwartet. Deshalb wurde beim Bau ein umfangreiches System eingerichtet, das illegale Beschäftigung und Dumpinglöhne am Bau verhinderte.

Klar ist auch: Beim architektonischen Konzept des Hauses stand der Mensch im Mittelpunkt.

Frankfurt, weil hier künftig das Zentrum der Macht sei. Ein Rückzug nach Berlin – wo der Sitz vor dem Krieg war – schied aus politischen Gründen aus. Die Zentrale der IG Metall ist also wieder dahin zurückgekehrt, wo sie nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal war: in die Wilhelm-Leuschner-Straße, benannt nach dem Gewerkschafter und Widerstandskämpfer Leuschner.

Das Gebäude steht für Arbeiten, Wohnen und Leben. Jürgen Peters: »Gewerkschaftshäuser sind weniger Verwaltungsgebäude als vielmehr politische Zentralen. In denen viel gedacht und bewegt wird. Wir wollen deshalb, dass das MainForum ein le-

bendiges Haus wird, in dem sich die Menschen, die hier ehren- und hauptamtlich für die IG Metall arbeiten, auch wohlfühlen.« Nebst Büros bietet das MainForum 66 Wohnungen, Gewerbefläche und Konferenzräume, die im Auftrag der Treuhandverwaltung IGMET vermietet werden.

Das Gebäude setzt aber auch ökologische Maßstäbe: Alle Büroräume haben Öffentliche Fenster zur Belüftung. Das kalte Mainwasser wird mittels eines Kühlsystems zur Klimatisierung der Räume genutzt. Und die Sandsteinfassade bietet ebenfalls einen natürlichen Wärmespeicher.

Und auch bei der Einrichtung des Hauses wurde Politik gemacht: Die Aufträge für alle Gewerke wurden nur an tarifgebundene Unternehmen erteilt. Beim Ankauf der Innenausstattung haben Betriebe mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und funktionierender Interessenvertretung den Vorzug erhalten. ◀

Susanne Rohmund

Modellansicht: Der offizielle Name des Verwaltungsgebäudes ist MainForum



Das neue Gebäude: Bollwerk, Büro und Begegnungsstätte



Bei der Eröffnungsfeier: (von rechts) Jürgen Peters, Kanzler Gerhard Schröder, Architekt Helmut Kleine-Kraneburg, Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, Hauptkassierer Bertin Eichler sowie DGB-Vorsitzender Michael Sommer



Kfz-Handwerk

Tarifverträge I Geteilte Landschaft

Im Kfz-Handwerk zeigt sich dieses Jahr eine geteilte Tariflandschaft. In Westdeutschland sind für die Beschäftigten in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland Tarifverträge mit 1,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt abgeschlossen worden. In Schleswig-Holstein sollen die Gespräche Anfang August weitergehen.

Dagegen schwelt in Ostdeutschland ein Konflikt, der im Mai und Juni mit Warnstreiks in Berlin, Brandenburg und Sach-

sen seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Es geht um die Wiederherstellung der Flächentarifverträge, die die Kfz-Arbeitgeber Ende 2004 gekündigt hatten (**metall** berichtete). Die ostdeutschen Kfz-Landesverbände und -Innungen »stehen nicht mehr für Tarifverhandlungen zur Verfügung«, teilte eine im Januar gebildete »Tarifgemeinschaft mitteldeutsches Kfz-Gewerbe« jetzt mit. »Die so genannte Tarifgemeinschaft sagt nicht, welche Betriebe sie vertritt«, kritisierte Gerd Schulz vom IG Metall-Bezirk Berlin-



Foto: transit-Berlin / von Polenz

Brandenburg-Sachsen. Die IG Metall bildet jetzt betriebliche Tarifkommissionen, um über Haustarifverträge die Regelungen der Flächentarifverträge wieder in Kraft zu setzen. Parallel dazu wirbt die IG Metall-Verwal-

tungsstelle in Berlin bei den Arbeitgebern dafür, ihre Innung zum Abschluss eines Flächentarifvertrags zu bewegen. ◀

► Infos zum Kfz-Handwerk: www.igmetall.de/tarife/nachrichten/handwerk/kfz.html

Textile Dienste

Tarifverträge II »Spiel mit dem Feuer«

Alarm im Wäschereigewerbe: Die Anzeichen, dass einige Unternehmer des textilen Dienstleistungsgewerbes aus dem Arbeitgeberverband »intex« austreten wollen, verdichten sich. Ihr Ziel: die Aufweichung der gültigen Tarifverträge.

Aktuell gilt für rund 74 000 Beschäftigte im Wäschereigewerbe ein Flächentarifvertrag – doch nur solange, wie ein Unternehmen Mitglied im Verband



Foto: Werner Buchmeier

Trommelwirbel in der Wäscherei: Arbeitgeber wollen Tarife aufweichen

ist. »Wir vermuten, dass die Arbeitgeber längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und ein geringeres Einkommen fordern wollen«, befürchtet Hans Wettengl, der im IG Metall-Funktionsbereich Tarifpolitik die Branche betreut.

»Die Unternehmer im Wäschereigewerbe spielen mit dem Feuer. Wenn ein Arbeitgeber aus dem Verband austritt, müssen wir notfalls in jedem Betrieb einen Tarifvertrag durchsetzen.« ◀

Schmiedebranche

Kurzreport 2005 Beschäftigung gestiegen

Die Beschäftigung – und damit die Arbeitsplätze – in der deutschen Schmiedebranche hat im Vergleich zum Vorjahr in 2004 um drei Prozent auf rund 91 000 Arbeitnehmer zugenommen. Der Umsatz ist um 13 Prozent gewachsen.

Das sind die jüngsten Ergebnisse des IG Metall-Kurzreports »Schmiedebranchen 2005«. Der Report im Internet unter: www.igmetall.de/download/

ITK-Industrie

Prognose 10 000 neue Arbeitsplätze

In der deutschen IT- und Telekommunikationsbranche (ITK) wird per Saldo in diesem Jahr mit 10 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gerechnet. Grund: die guten Geschäfte zu Jahresbeginn, die zu einem Wachstum von 3,4 Prozent auf 135,2 Milliarden Euro in 2005 führen sollen. Die Prognosen des Branchenbarometers des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM): 42 Prozent der Firmen wollen zusätzliche Mitarbeiter

einstellen. Weitere 42 Prozent kündigen an, die Zahl stabil zu

halten. An der Umfrage – so BITKOM – haben sich von 1300 Mit-

Erwerbstätigkeit in der ITK-Branche 2001 bis 2005

Bereich	2001	2002	2003	2004*	2005*
Informationstechnik	492 000	474 000	459 000	457 000	468 000
Herstellung von Büro-maschinen u. DV-Geräten	104 000	99 000	94 000	93 000	92 000
Software und IT-Dienstleistungen	388 000	375 000	365 000	364 000	376 000
Telekommunikation	327 000	307 000	294 000	289 000	288 000
Herstellung von nachrichten-technischen Geräten u. Einrichtungen	80 000	72 000	68 000	67 000	66 000
Telekommunikationsdienste	247 000	235 000	226 000	222 000	222 000
Summe ITK	819 000	781 000	753 000	746 000	756 000

Quelle: BITKOM, Statistisches Bundesamt

*geschätzt

gliedsfirmen rund 150 beteiligt. Dieter Scheitor, im IG Metall-Funktionsbereich Betriebspolitik zuständig für die Branche, sagt: »Es wäre schön, wenn es zum prognostizierten Beschäftigungszuwachs kommen würde. Wir sehen die Entwicklung skeptischer. Viele große Betriebe wie IBM, Infineon oder Siemens haben in 2005 Personal abgebaut oder dies angekündigt.« Die BITKOM-Prognosen waren bisher oft zu optimistisch und mussten deshalb immer nach unten korrigiert werden. Mehr zur Branche: www.igmetall-itk.de ◀

Bücher und mehr

Welches Buch oder welche Musik würden die Herausgeber von **metall** ihren Leserinnen und Lesern in den Urlaubskoffer packen? Die Redaktion hat nachgefragt – und auch was dazugelegt...

Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall:

»Die dokumentarische Recherche über den 1400-Meilen-Marsch von Scott und Amundsen, die auf Skiern und mit Hundeschlitten den Pol erschließen, ist ein spannendes Buch. Der Autor geht der Frage nach, warum bei dem dramatischen Duell Amundsen als erster den Pol erreichte. Räumlich und zeitlich nur scheinbar von den heutigen Problemen entfernt, ein aktuelles Buch, das zum Nach- und Vorausdenken anregt.«

Roland Huntford:

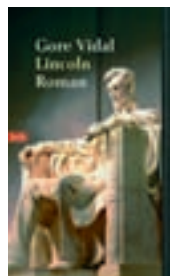
»Scott und Amundsen: Dramatischer Kampf um den Südpol«, Heyne, 11,95 Euro ◀



Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender:

»Zum Greifen nahe beschreibt Gore Vidal den Politiker, Charakter und Menschen Abraham Lincoln. Der 16. Präsident der USA schuf ein neues Amerika. Vidal, einer der großen amerikanischen Schriftsteller, porträtiert ihn in seinem fesselnden Roman gefangen zwischen Familiendrama, zu erfüllender historischer Mission und untrüglichen Machtinstinkt. Lincoln ist dort nicht das überirdische Politgenie aus diversen Biographien, sondern wir erleben ihn als Mensch mit Ecken und Kanten.«

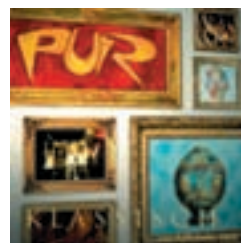
Gore Vidal: »Lincoln«, btb bei Goldmann, 14 Euro ◀



Bertin Eichler, Hauptkassierer:

»Wer im September letzten Jahres das Pur-Konzert »Aufschalke« in der Gelsenkirchener Arena live miterlebt hat, wird die magische Atmosphäre gut nachvollziehen können: 75 000 Menschen, die selbst bei den im klassischen Gewand präsentierten Hits aus vollem Halse mitsingen. Spätestens beim Song »Abenteuerland« werden auch diejenigen, die nicht live dabei waren, vom Gänsehaut-Feeling der Arena gepackt werden.«

»Pur Klassisch – Live Aufschalke«, EMI, Audio-CD, 14,99 Euro ◀



Der Film

Ob Montagsdemonstrationen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV oder der Arbeitskampf bei Opel: Seit Herbst 2003 mehren sich in Deutschland die Proteste gegen Sozial- und Stellenabbau oder Lohnkürzungen sowie Arbeitslosigkeit. Der Filmemacher Martin Keßler und sein Team haben verschiedene Protestaktionen mit



ihrer Videokamera begleitet. Daraus entstanden ist der Dokumentarfilm »neueWUT«, der über Demonstranten und so genannte Rädelsführer, die sich gegen den »Rückbau des Sozialstaats« zur Wehr setzen, berichtet. Ab August sind der Autor und die Protagonisten mit dem Film »neueWUT« auf Deutschland-

Tour. Der 90-minütige Dokumentarfilm ist Ende Juli als DVD und VHS erhältlich. Vorbestellungen bei Martin Keßler, Filmproduktion, E-Mail: subskription@neuewut.de. Die DVD oder VHS kostet bis Ende Juli 22,50 Euro, ab August 27,50 Euro (Studenten und Arbeitslose zahlen 17 Euro) plus 3,50 Euro für das Porto. Mehr zum Film sowie Videoclips unter: www.neuewut.de ◀

Der Sozialkrimi

Dieser Roman ist nicht zu unterschätzen. Der Autor, der selbst 20 Jahre in der IT-Branche tätig war, legt eine Story über die Auseinandersetzungen zwischen Mitarbeitern, Eigentümern und Betriebsleitung in der New Economy vor. Fast wie im richtigen Leben: Was die Romanfigur Markus Schlotterbek mitmacht,



ist ganz schön nervenaufreibend: Die Software-Firma, in der er seit 17 Jahren arbeitet, kommt in Bedrängnis. Bald gibt es personelle Konsequenzen. Betriebsrat Schlotterbek setzt sich ein und gerät selbst unter Beschuss...

Marinus Münster: »Dilldöppchen«, Geest-Verlag, 12,50 Euro ◀

Musik-CD

Wer ein Faible für den puren, unverfälschten Klang des Akkordeons hat, kann mit dem Album der Metallerin Ulrike Dangendorf »Spuren« nichts falsch machen. Ohne weitere instrumentale Begleitung lässt Dangendorf ihre Musik für sich sprechen. Weder konstruiert oder verkopft, erscheint ihr Akkordeonspiel nur beiläufig als Musik – in der Hauptsache erzählt es Geschichten: Geschichten aus der Natur, von der Begegnung mit anderen Menschen, von leiser Trauer und lauter Fröhlichkeit.

Ulrike Dangendorf: »Spuren«, Audio-CD, 17 Euro plus 2 Euro Porto. Zu beziehen über: Ulrike Dangendorf, Kaiserstraße 33, 37620 Halle, Telefon 055 33 – 6431, Telefax 055 33 – 64 31, Internet: www.ulrike-dangendorf.de ◀



Automobilzulieferer

Branche mit Zukunftschancen

Ein Beschäftigungszuwachs von 30 Prozent in den letzten zehn Jahren, blendende Zukunftsaussichten. Ohne jeden Zweifel: Die Automobilzulieferer-Branche boomt.

Nach den einschlägigen Studien von Beratungsfirmen und Fachverbänden werden bis zum Jahr 2015 in der Europäischen Union zwischen 600 000 und 1,2 Millionen neue Jobs bei den Zulieferern entstehen. Die Zahl der Arbeitsplätze bei den Automobilherstellern hingegen bleibt nach diesen Prognosen in etwa gleich: Rund 977 000 Menschen arbeiten 2015 EU-weit in Automobilfabriken. Die Zulieferer dagegen können sich über ein Beschäfti-

gungsplus von 70 Prozent freuen.

Der Hintergrund dieser Entwicklung: Die Automobilhersteller werden in Zukunft wesentlich mehr Teile von außerhalb beziehen. Dieser Trend ist bereits seit vielen Jahren festzustellen: Die Zulieferer steuern längst komplette Module zur Produktion bei. Statt schlichter Ware werden hochkomplexe Systeme bei den Herstellern angeliefert. Aus der Kleinfirma, die einfache Türverkleidungen nach München, Bochum, Köln oder Wolfsburg lieferte, ist längst ein High-Tech-Unternehmen geworden, mit eigener Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Schließlich besteht das Innenleben einer Autotür nicht mehr aus einer Fensterkurbel, etwas Pappe und Stoff, sondern ist ein technologisches Meisterstück, prall gefüllt mit ausgeklügelten Fensterhebern oder Airbags.

Dramatische Veränderungen wird es nach den Prognosen im Karosseriebau geben. Heute fertigen die Automobilhersteller die Rohkarossen zu 96 Prozent selbst. 2015 hingegen kommen 41 Prozent von außerhalb. Allerdings werden wegen der hochautomatisierten Fertigung nur rund 36 000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich entstehen.

Die größten Zuwachsraten erwartet der Bereich Elektrik/Elektronik. Nach den Berechnungen der Fachleute entstehen hier innerhalb der nächsten zehn Jahre über 460 000 Arbeitsplätze. Der klassischste aller Zulieferbereiche steuert heute bereits 84 Prozent der elektrischen und elektronischen Bauelemente eines Autos bei. Auch Fahrwerk, Antriebsstrang, Motoren und Innenausstattung sind in Zukunft eine Domäne der Zulieferer.



Wischer-Kontrolle bei Bosch: Zugeständnisse verlangt

Diese ausgeweitete Form der Arbeitsteilung stellt die Automobilbranche insgesamt vor neue Herausforderungen. Denn Forschung und Entwicklung müssen zwischen Herstellern und Zulieferern eng verzahnt sein. Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist die Voraussetzung für Qualität und Innovation.

Gnadenloser Preisdruck

Von diesem Vertrauen ist heute nicht viel zu spüren. Im Gegenteil: Die Hersteller setzen die Zulieferer unter einen gnadenlosen Preisdruck. Die Folgen bekommen die Kunden zu spüren: Die Rückrufaktionen häufen sich, die Qualität leidet spürbar unter dem Preisdiktat der Automobilkonzerne. Schlimmer freilich sind die Folgen für die Kolleginnen und Kollegen in den Zulieferbetrieben. Die Firmenleitungen geben den Druck weiter, verlangen immer neue Zugeständnisse bei der Arbeitszeit und beim Entgelt. Und wenn die IG Metall und die Betriebsräte bei dieser Spirale nach unten nicht mitmachen wollen, dann drohen die Unternehmer mit der Verlagerung in ein »Billiglohnland«.

Alle großen Zulieferer produzieren seit vielen Jahren auch im Ausland. Sie folgten der Expansion der Automobilfabriken auf den Weltmarkt. Für die Beschäftigung in der Bundesrepublik war dies bisher kein Nachteil. Zwischen 1996 und 2003 zum Beispiel bauten die deutschen Zulieferer in Osteuropa (vor allem in Tschechien) etwa 160 000 neue Arbeitsplätze auf. In der Bundesrepublik entstanden im gleichen Zeitraum 75 000 neue Jobs in der Branche. Branchen-



Plastikteile für BMW: Enger werdende Verflechtung zwischen Zulieferer und Autobauer

kenner sehen das Engagement außerhalb der Bundesrepublik eher gelassen. Denn die deutschen Automobilindustrie ist eine Exportindustrie, 71 Prozent der Produktion werden ins Ausland verkauft. Logischerweise entstanden Kapazitäten der Hersteller und ihrem Gefolge der Zulieferer auch in Osteuropa, den USA, in Fernost – nicht zum Schaden der Beschäftigten in der Bundesrepublik. Siegfried Roth von der IG Metall: »Das VW-Werk in Bratislava hat Wolfsburg stabilisiert.«

Selbstverständlich haben sich eine Reihe von Zulieferern auch aus ganz anderen Gründen nach Osteuropa aufgemacht. Sie locken mit niedrigen Löhnen, Steuervorteilen, auf Staatskosten erschlossenen Grundstücken. Diese Verlagerungen haben sich oft nicht ausgezahlt. Auf zwei Verlagerungen kommt inzwischen eine Rückverlagerung. Das Problem: Nicht die konkurrenzlos billigen Lohnkosten in Osteuropa sind ausschlaggebend für den Erfolg eines Zulieferunternehmens, sondern ein Mix aus Qualität, Pünktlichkeit, Liefertreue, Fähigkeit zur Innovation.

Eine Untersuchung der Fraunhofer Gesellschaft hat ergeben, dass jene Unternehmen, die aus reinen Kostengründen verlagern, bereits im Stammhaus Probleme haben. Die Methoden moderner Betriebsführung und Organisation des Produktionsablaufs werden oft nicht beherrscht. Das Fazit der Studie: Leistungsfähige Produktionskonzepte, die die Effizienz des Unternehmen steigern würden, wären für das Unternehmen billiger als die Kosten einer Verlagerung. Siegfried Roth: »Solche Unternehmen bauen keine neuen Stärken auf, sondern versuchen letztlich, ihre Schwächen zu minimieren. Das ist kein zukunftsfähiges Konzept.«

Zusammenarbeit neu gestalten

Die Zukunft der Automobilindustrie mit ihrer immer enger werdenden Verflechtung aus Zulieferung und Produktion sehen Fachleute ganz woanders. Sie meinen, dass die Zusammenarbeit zwischen Herstellern und Zulieferern neu gestaltet werden muss. Denn die einseitige Preisdrückerei durch die Automobilkonzerne verhindert letztlich die Entwicklung innovativer Produkte von ausgezeichneter Qualität. Genau jenen Eigenschaften deutscher Autos also, die sie bisher zu einem Renner auf dem Weltmarkt machten. Heute aber fehlen vielen Zulieferern aufgrund des Preisdrucks Investitionsmittel. Forschung und Qualitätssicherung bei leeren Kassen: schwer möglich. Sicher ist unter diesen Umständen nur: die nächste Rückrufaktion. ◀

Hans-Otto Wiebus

Interview

»Auf die eigenen Stärken besinnen«

metall sprach mit Siegfried Roth, Ressortleiter Branchenpolitik beim Vorstand der IG Metall, über die Zuliefererindustrie.



metall: Die Automobil-Zulieferindustrie ist eine Wachstumsbranche. Werden neue Arbeitsplätze auch in Deutschland entstehen?

Roth: Selbstverständlich. Die Studien gehen von einem Wachstumspotenzial von 600 000 bis 1,2 Millionen neuen Jobs bis 2015 aus – in ganz Europa. Wie viele in der Bundesrepublik entstehen werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab.

metall: Welchen?

Roth: Die Zulieferindustrie muss sich auf ihre Stärken besinnen. Das betrifft vor allem die Qualifikation und Kompetenz der Beschäftigten. Zentral ist es, die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit zu stärken.

metall: Was muss passieren?

Roth: Viele Zulieferer verfügen aufgrund des enormen Kostendrucks heute nicht mehr über die notwendigen Investitionsmittel. Wir brauchen dringend eine partnerschaftlichen Ge-

staltung der Hersteller-Zuliefererbeziehungen, mit dem Ziel einer fairen Beteiligung. Denn Zulieferer brauchen ausreichende Finanzierungs- und Investitionsspielräume. Vor allem müssen regionale Innovationsnetzwerke ausgebaut werden. Diese sind ein wesentlicher positiver Standortfaktor.

metall: Also besser statt billiger?

Roth: Auf jeden Fall. Bei einer Befragung von Zulieferern in Nordrhein-Westfalen stellte sich heraus, dass es neue Beschäftigung vor allem in jenen Betrieben gab, die in Forschung und Entwicklung investierten und neue Produkte sowie Dienstleistungen auf den Markt brachten. Wo aber alleine auf die Reduzierung der Personalkosten geachtet wurde, wo weder in die Qualifizierung der Beschäftigten investiert, noch Gelder in die Entwicklung gesteckt wurden, gingen Arbeitsplätze verloren.

metall: Lohnkostensenkung ist also der falsche Weg?

Roth: Mit Sicherheit. Betrieben, die keine zusätzliche Wertschöpfung und Kernkompetenz aufbauen, nützen auch die niedrigsten Löhne nichts, und sei es in Fernost. ◀

Veränderung der Anteile von Herstellern und Zulieferern

in allen Hauptmodulen – außer Elektrik/Elektronik – kommt es zu einer Verlagerung der Wertschöpfungskette zu den Zulieferern

	2002		2015	
	Hersteller	Zulieferer	Hersteller	Zulieferer
Fahrwerk	23	77	15	85
Antriebsstrang	37	63	20	80
Motor und Aggregate	50	50	36	64
Karosseriestruktur	96	4	59	41
Body (Exterior)	55	45	29	71
Interior	16	84	14	86
Elektrik/Elektronik	16	84	16	84

Quelle: Mercer Wertschöpfungsmodell 2015/ © metall-grafik

Bonusprogramme

Mehr Gesundheit oder Marketingstrategie?

Ob Fluggesellschaften, Drogerien oder gar der Gemüsehändler an der Ecke: Alle versuchen die Kundschaft mit Vergünstigungen an sich zu binden. Bei den Krankenkassen heißt das moderne Wort dafür: Bonusprogramme.

Seit Januar 2004 dürfen die Krankenkassen mit Bonusprogrammen ihre Mitglieder umwerben. Aber halten diese neuen Programme auch, was sie versprechen? Steigern die Programme die Gesundheit? Verbessern sie die Qualität der medizinischen Betreuung? Und bringen sie obendrein noch eine Kostenersparnis für das Gesundheitssystem?

Nahezu alle namhaften Krankenkassen in Deutschland haben zu Beginn letzten Jahres ein Bonus- oder Prämienprogramm gestartet oder angekündigt. Die Angebote scheinen vielfältig, jedoch geht es meist um das Selbe. Das Sammeln von Bonuspunkten durch ein gesünderes und bewussteres Verhalten. Nummer Eins unter den Aufforderungen: regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen. Darunter zählen nicht nur Krebsvorsorgeuntersuchungen, sondern auch Kindervorsorgeuntersuchungen und Zahnvorsorge. Des Weiteren werden Schutzimpfungen, wie gegen Grippe oder Röteln, belohnt. Auch die Teilnahme an qualitätsüberprüften Gesundheitskursen wie Rückengymnastik, Nordic Walking, aber auch Ernährungsberatungen und Stressbewältigungstraining sind anerkannt. Solidarische Aktionen, wie das Spenden von Blut, steht beispielsweise auf der Punkteliste der DAK und wird somit mit einem Bonusprämiiert.

Bei erfolgreich gefüllter Bonuspunktkaart wird der

Versicherte zumeist mit zahlreichen Sachprämien oder Gutscheinen für Gesundheitsartikel belohnt. Die Angebotspalette ist vielfältig und reicht von Nordic Walking-Stöcken über Blutdruckmessgeräte bis hin zur elektrischen Zahnbürste. Für Kinder gibt es einen Ball-Set oder ein Laufrad und für Figurbewusste außerdem eine Körperfett-Analysewaage.

Nur selten Geldprämien

Neben solchen Sachprämien gibt es aber auch einige wenige Programme, mit denen sich Geld sparen lässt: zum Beispiel bei der Gmünder Ersatzkasse (GEK). Deren Programm ist darauf ausgelegt, Punkte zu sammeln und damit die im laufenden Jahr angefallenen Zuzahlungen wie beispielsweise Praxisgebühr, Selbstbeteiligungen in der Apotheke oder Zuzahlungen bei Physiotherapie Rezepten zu reduzieren. Jeder gesammelte Bonuspunkt ist zehn Cent wert. Sammelt der Versicherte oder einer seiner mitversicherten Familienangehörigen beispielsweise durch eine Vorsorgeuntersuchung Punkte, lässt sich der Punktwert in einen Betrag umrechnen. Somit wird die kostenmäßige Selbstbeteiligung im laufenden Jahr reduziert. Mit dieser Art von Kosten-

senkung für die Mitglieder ist die ehemalige Metallfachtarbeiterkassen nicht allein. Viele der über 200 Betriebskrankenkassen erstatten ebenfalls Zuzahlungen nach erfolgreicher Bonuspunktesammlung.

Auch chronisch Kranke sollen von den Bonusprogrammen profitieren. So erhalten die Versicherten einen Bonus, die sich aufgrund chronischer Erkrankungen, wie zum Beispiel Alterszucker, in so genannte Disease-Management-Programme (DMP) einschreiben. Solche DMP gibt es mittlerweile für die großen Volkskrankheiten wie Diabetes und Herzerkrankungen, aber auch für Brustkrebs. Da bei chronischer Krankheit der regelmäßige Gang zum Arzt wahrscheinlich ist, belohnen einige Krankenkassen die Teilnahme an einem solchen Programm mit der Übernahme der Praxisgebühr von bis zu 40 Euro.

Das Hausarztmodell

Ein weiteres Sonderprogramm der Kassen: das Hausarztmodell. Der Patient verpflichtet sich, für mindestens ein Jahr immer zuerst den ausgewählten Hausarzt aufzusuchen, sofern kein Notfall vorliegt. Auch in diesem Programm geht es um eine Verbesserung der

Teilnahme an Sportkursen: Wer sich gesund verhält, kann Bonuspunkte sammeln



So gut sind die Programme für die gesetzlich Versicherten

BEZEICHNUNG	BESCHREIBUNG	BEWERTUNG
Vorsorge-Bonus	Erkrankungen sollen früh erkannt oder gar verhindert werden. Wer regelmäßig untersuchen lässt, wird belohnt.	Grundsätzlich sinnvoll, birgt aber Risiken, da auch Ängste geschürt werden können.
Vorbeugungs-Bonus	Wer körperlich aktiv ist, sich gesund ernährt, mit dem Rauchen aufhört oder Stressbewältigung erlernt, an Sportangeboten teilnimmt, regelmäßigen Besuch in einem lizenzierten Fitnessstudio nachweist oder Ernährungskurse besucht, erhält Bonuspunkte.	Gesund zu leben ist immer sinnvoll.
Bonus für das Hausarztmodell	Geht der Patient immer zuerst zu seinem Hausarzt, kann er seiner Kasse Geld sparen. Vermeidung von Doppeluntersuchungen. Praxisgebühr wird ganz oder teilweise erlassen.	Eigentlich sinnvoll. Soll Patienten-Arzt-Verhältnis fördern. Arzt verdient aber an den Leistungseinsparungen.
Bonus für chronisch Kranke (DMP)	Strukturierte Behandlungsprogramme. Sie sollen durch bessere Therapie helfen, teure Spätfolgen zu vermeiden.	Sinnvollste Form der Bonusprogramme, da sie sich nicht nur an Junge und Gesunde richten, sondern an diejenigen, die das Gesundheitssystem wirklich brauchen.
Bonus für betriebliche Gesundheitsförderung	Arbeitgeber, die gemeinsam mit der zuständigen Krankenkasse und ihren Arbeitnehmern gesundheitsfördernde Maßnahmen anbieten, können hierfür eine Sonderprämie erhalten.	Sinnvoll, da Arbeitnehmer ein Drittel des Tages im Betrieb verbringen.
Quelle: eigene Recherchen / Bewertung von der Gesundheitsabteilung der Verbraucherzentrale Hamburg (www.vzhh.de)		

Behandlungsqualität. Der Hausarzt entscheidet, wann welchem Patient welche Behandlung zugeführt wird. Der Versicherte hilft so mit, Kosten zu senken. Denn: Lästige und unnötige Doppeluntersuchungen sollen vermieden werden. Verpflichtet sich ein Patient, an einem Hausarztmodell teilzunehmen, spart er einen Teil der Praxisgebühr. So erlässt beispielsweise die Barmer Ersatzkasse ihren Mitgliedern bis zu 30 Euro pro Jahr. Der Hausarzt erhält für die Betreuung seiner Patienten im Hausarztmodell eine Bonuszahlung der jeweiligen Krankenkasse. Dies birgt natürlich eine gewisse Gefahr: Denn die Höhe des Arztbonus richtet sich beispielsweise bei der Barmer Ersatzkasse nach den Ersparnissen, die der Hausarzt im laufenden Jahr erzielt hat. Überspitzt heißt das: Je weniger Leistungen der Hausarzt dem Patienten bietet, desto höher ist der Arztbonus.

Auch wenn viele Bonusprogramme durchaus gute Ansätze haben, werden aber auch kritische Stimmen laut: Kritisiert wird vor allem der tatsächliche Erfolg der Maßnahmen. Die Direktkrankenkasse BIG beispielsweise steht den jetzigen Bonusprogrammen eher skeptisch gegenüber. Diese Krankenkasse geht sogar noch einen Schritt weiter und erklärt auf ihrer Internetseite, dass »Bonusprogramme die eigentlichen Leistungen sogar verteuern«. Die Belohnung der regelmäßig durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen ist aus Sicht der BIG eine zusätzliche Ausgabe für die Krankenkasse. Diese Leistungen werden ohnehin schon bezahlt und nun auch noch zusätzlich durch

eine Prämie belohnt. Damit erhöht sich der eigentliche Preis für die in Anspruch genommene Leistung. Auch die Einführung der Praxisgebühr war laut Politiker eine unvermeidbare Maßnahme zur Kostensenkung im Gesundheitswesen. Da stellt die Rückerstattung oder die Befreiung von der Praxisgebühr einen eindeutigen Widerspruch dar.

Keine Ersparnis

Schon die Vergangenheit hat bewiesen, dass Bonussysteme nicht zwingend zu einer Kostensenkung führen. Etwa die Einführung des Zahnarztbonusheftes vor 15 Jahren hat nachweislich keine Einsparung der zahn-

ärztlichen Leistungsausgaben erzielt. Erstaunlich ist: Selbst nach 15 Jahren wissen viele Patienten beim Zahnarzt noch nichts von der Möglichkeit eines Bonus. Fakt ist: Seit der Einführung der Bonussysteme befindet sich der Versicherte in einem wahren Bonusdschungel. Er wird überhäuft von Angeboten und Möglichkeiten, die mehr Gesundheit und ein besseres Leben verheißen. Ob allerdings der Patient tatsächlich im Mittelpunkt der Bemühungen steht, oder doch die indirekte Kostendämpfung die Motivation der einzelnen Krankenversicherer ist, wird wohl erst die Zukunft zeigen. ◀

Ute Merz

BETRIEBSKRANKENKASSEN BIETEN MODELLE FÜR BETRIEBE

Die Betriebskrankenkassen (BKK) bieten auch Bonusmodelle für Betriebe. »Die meisten Erwachsenen verbringen über ein Drittel des Tages an ihrem Arbeitsplatz. Deshalb haben wir ein Bonusmodell entwickelt, das Präventionsbemühungen von Versicherten und Betrieben gleichermaßen berücksichtigt«, erklärt der Vorstand des BKK-Bundesverbands, Klaus-Dieter Voß. Seine Meinung: Im Idealfall ergänzen sich die Maßnahmen mit einem dreifachen Erfolg: Der Versicherte bleibt länger gesund und erhält einen Bonus, der Betrieb hat weniger Kosten durch geringere Fehlzeiten und erhält ebenfalls einen Bonus. Dabei werden alle Versicherten der teilnehmenden BKK entlastet, weil deren Ge-

samtausgaben sinken. In einem Vier-Stufenmodell führt die BKK die Betriebe an dieses Gesundheitsförderungsprojekt heran. Zunächst wird das Vorhaben durch eine Betriebsvereinbarung verankert. Im zweiten Schritt werden durch Mitarbeiterbefragung und Gesundheitsbericht konkrete Analysen des aktuellen Zustands durchgeführt. In der dritten Stufe sind gesundheitsförderliche Aktivitäten nachzuweisen, wie zum Beispiel Nichtraucherchutzregelungen. In der letzten Stufe kann die BKK dem Betrieb die durch gesundheitsförderndes Handeln erzielten Einsparungen bei den Leistungsausgaben ganz oder teilweise als Sonderprämie vergüten. ◀

Arbeitslosengeld

Arbeitslosengeld II

Höhere Freibeträge

Anfang Juni hat der Bundestag den Gesetzentwurf beschlossen, der für Empfänger von Arbeitslosengeld II höhere Freibeträge bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten vorsieht.

Ab Oktober 2005 soll es wieder einen Grundfreibetrag für Einkommen geben – wie bei der ehemaligen Sozial- oder Arbeitslosenhilfe:

Der Freibetrag wird aus dem Bruttoeinkommen berechnet. Es gibt einen Grundfreibetrag in Höhe von 100 Euro monatlich. Bei einem Bruttoeinkommen bis 800 Euro liegt der Freibetrag bei 20 Prozent. Bei einem Bruttoeinkommen über 800 Euro bei zehn Prozent. Die Obergrenze für Bedürftige ohne Kinder liegt bei einem Bruttoeinkommen von 1200 Euro, für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern bei 1500 Euro.

Mehr Infos sowie einen Einkommensrechner gibt es auf

den Internetseiten des Bundeswirtschaftsministeriums unter: www.arbeitsmarktreform.de/Arbeitsmarktreform/Navigation/service,did=57362.html ◀

Arbeitslosengeld I

Bezugsdauer verlängert

Die ab Februar 2006 geplante Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf zwölf Monate (18 Monate bei über 55-Jährigen) ist um zwei Jahre verschoben worden. Der Bundestag hat Mitte Juni beschlossen, dass ältere Erwerbslose auch weiterhin bis zu 32 Monate Arbeitslosengeld erhalten sollen.

Die längeren, nach Alter gestaffelten Fristen mit bis zu 32 Monaten Bezugsdauer sollen nach dem Willen von Rot-Grün bis Ende Januar 2008 gelten. Der Bundesrat muss dem Gesetz nicht zustimmen. Ruft die Länderkammer aber den Vermittlungsausschuss an, kann es letztendlich gestoppt werden. ◀

Freibeträge ab Oktober 2005 beim Hinzuverdienst

Quelle: SGB II

Zuverdienst Brutto	Grundfreibetrag	Zusätzlicher Freibetrag	Gesamtfreibetrag
100 €	100 €	–	100 €
200 €	100 €	20 €	120 €
400 €	100 €	60 €	160 €
600 €	100 €	100 €	200 €
800 €	100 €	140 €	240 €
1200 €	100 €	180 €	280 €
1500* €	100 €	210* €	310* €

*bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit minimum einem minderjährigen Kind

Rundfunkgebühren

Befreiung für Arbeitslose

Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Ausbildungsförderung können sich von der Rundfunkgebühr befreien lassen. Die Befreiung erfolgt ausschließlich auf Antrag und unter Vorlage des Bewilligungsbescheids oder des Schwerbehindertenausweises. Der Antrag ist zu senden an: Gebühreneinzugszentrale (GEZ) in 50656 Köln. Mehr Infos: www.gez.de ◀

Ratgeber

Leitfaden von A bis Z

Der »Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z« von Rainer Roth und Harald Thomé erklärt in alphabetischer Reihenfolge alle Begriffe, die im Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld II auftauchen. Der Leitfaden kosten 7,50 Euro (einschließlich Versandkosten). Bestellungen bei: AG TuWas, Gleimstraße 3, 60325 Frankfurt, Fax 069–15 33 26 33, E-Mail: agtuwas@web.de ◀

Urteile

Arbeitsverträge

Häufig wird in Arbeitsverträgen auf die geltenden Tarifverträge verwiesen. Ist der Arbeitgeber tarifgebunden, will er damit erreichen, dass er alle Arbeitnehmer nach Tarif behandeln kann, auch nicht organisierte (Gleichstellungsabrede). Wenn der Arbeitgeber nicht mehr tarifgebunden ist, haben Arbeitnehmer bei künftigen Tarifierhöhungen keinen Anspruch auf Erhöhungen.

Ausnahme: War der Arbeitgeber zum Zeitpunkt, als der Arbeitsvertrag geschlossen wurde, selbst nicht tarifgebunden, aber im Arbeitsvertrag steht, dass die jeweiligen tariflichen Bestimmungen gelten sollen, muss er sich auch in Zukunft an Tarifänderungen halten.

Lösen kann er sich nur im Einvernehmen mit allen Beschäftigten oder durch Änderungskündigungen.

Bundesarbeitsgericht (BAG) – 4 AZR 50/04 vom 1. 12. 2004

Elternzeit

Beschäftigte in Elternzeit können während der Elternzeit beantragen, ihre Arbeitszeit nach Paragraf 15 Bundeserziehungsgeldgesetz zu verringern. Das ist aber auch dann zulässig, wenn sie sich zuerst völlig von der Arbeit freistellen ließen und keine Teilzeit beantragt hatten.

Hat der Arbeitgeber allerdings für die Dauer der Elternzeit eine Vollzeit-Vertretung eingestellt, die aber nicht bereit ist, ihre Arbeitszeit zu verringern, und wollen auch andere ver-

gleichbare Beschäftigte nicht kürzer arbeiten, kann sich der Arbeitgeber in der Regel auf dringende, betriebliche Gründe berufen, die der beantragten Teilzeit entgegen stehen.

BAG – 9 AZR 233/04 vom 19. 4. 2005

Betriebsrenten

Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Vertrauensschutzes führen dazu, dass nach »Eintritt eines Versorgungsfalls«, etwa, wenn jemand eine Altersrente erhält, in der Regel nur noch geringfügige Verschlechterungen der zugesagten Betriebsrente gerechtfertigt sein können. Gleiches gilt auch für die Hinterbliebenenrenten.

Bundesarbeitsgericht (BAG) – 3 AZR 557/03 vom 12. 10. 2004

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069–66 93–24 45, Fax 069–66 93–2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg, Antonella Pellivan, Gabriele Prein,

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Ellen Sander

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 061 51–81 27-0, Fax 061 51–89 30 98
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069–66 93–22 24, Fax 069–66 93–25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr).
Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3, 64259 Darmstadt.



Für Sehbehinderte

► Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Tipps

**Rentenbescheide
Widerspruch einlegen**

Rund 20 Millionen Rentnerinnen und Renter haben in den letzten Tagen einen Bescheid ihres Versicherungsträgers zur Rentenanpassung ab Juli 2005 erhalten.

Auch in diesem Jahr wird es keine Erhöhung geben, und erstmalig wird ein zusätzlicher Krankenversicherungsbeitrag von 0,9 Prozent erhoben. Faktisch haben Rentner ab 1. Juli weniger im Portemonnaie.

Aus diesem Grund rät die IG Metall, Widerspruch gegen den Rentenbescheid einzulegen. Bei den Krankenversicherungsträgern müssen Rentner schriftlich erklären, dass sie auf die Rückzahlung des erhöhten Beitragsatzes von 0,9 Prozent bestehen.

Gegen den Rentenbescheid muss innerhalb eines Monats

nach Erhalt Widerspruch eingelegt werden. Mitglieder erhalten von der IG Metall Rechtsschutz.

Die IG Metall hat auf ihren Internetseiten einen Muster-Widerspruch sowie eine Mitteilung an die Krankenversicherung zur Verfügung gestellt. Internet: www.igmetall.de/recht_und_rat/ ◀

**Ratgeber
Infos zur Rente**

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung hat einen umfangreichen Ratgeber zur Rente herausgegeben. Er informiert auf 121 Seiten über alle wichtigen Fragen zur Rente – von »A« wie »Auszahlung der Rente« bis »Z« wie »Zusätzliche Altersvorsorge«. In acht Kapiteln werden unter anderem die Grundlagen des deutschen Rentensystems, der per-



Foto: Ulrich Zillmann

sönliche Rentenanspruch sowie die zusätzliche Altersvorsorge erklärt. Der Ratgeber ist kostenlos und kann – unter Angabe der Nummer A 815 – bestellt werden bei: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung – Information, Publikation,

Redaktion – Postfach 500, 53108 Bonn, Telefon 0180–5 15 15 10, Telefax 0180–5 15 15 11 (zwölf Cent pro Minute), E-Mail: info@bmgs.bund.de, Internet: www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/p_5.php ◀

**Kindergeld-Entscheidung
Auch für Volljährige**

Sozialversicherungsbeiträge können vom Bruttoeinkommen volljähriger Kinder abgezogen werden. Dies hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Damit haben mehr Eltern als früher Anspruch auf Kindergeld, einige können mit Nachzahlungen rechnen.

Kindergeld steht auch Eltern volljähriger Kinder zu, wenn die Einkommensgrenze von derzeit 7680 Euro im Jahr nicht überschritten wird. Umstritten war lange vor

Schüler und Studenten, die ihren Unterhalt ganz oder teilweise aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen finanzieren. Das Bun-



Foto: Erwin Wodicka

Mehr Geld für volljährige Auszubildende

desverfassungsgericht hat am 11. Januar 2005 beschlossen, dass auch Sozialversicherungsbeiträge vom Einkommen abzuziehen sind (Aktenzeichen 2 BvR 167/02, veröffentlicht 13. Mai). Die Rechtsexperten der IG Metall raten: Anträge auf Kinder-

geld nach der neuen Rechtslage prüfen und eventuell neu beantragen. Dies ist rückwirkend bis zum Jahr 2001 möglich. ◀

**Krankenkassen
Bexiträge steigen**

Alle Mitglieder einer gesetzlichen Krankenversicherung müssen ab 1. Juli 2005 einen leistungsunabhängigen zusätzlichen Beitragssatz in Höhe von 0,9 Prozent zahlen. Dieser Zusatzbeitrag ist gesetzlich vorgeschrieben und gehört zum Maßnahmenkatalog der im Jahr 2004 begonnenen Gesundheitsreform.

Arbeitnehmer müssen zusätzlich zum abgesenkten Beitragssatz den »Sonderbeitrag« von 0,9 Prozentpunkten entrichten. Gleichzeitig senken alle gesetzlichen Krankenkassen ihre Beitragssätze per Gesetz im selben Umfang, so dass sich die Höhe des Gesamtbeitrags zum 1. Juli nicht ändert. Das bedeutet: Der Beitragssatz für Arbeitnehmer steigt ab Juli um 0,45 Prozentpunkte.

Arbeitgeber zahlen den Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent nicht. Sie tragen nur noch die Hälfte des abgesenkten Beitragssatzes, so dass die Lohnnebenkosten für Arbeitgeber um 0,45 Prozent sinken. Wer in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis steht oder Arbeitslosengeld II bezieht, ist von der Einführung des Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenkassen nicht betroffen.

Das Bundesversicherungsamt hat darauf hingewiesen, dass die Erhebung des Zusatzbeitrags kein Sonderkündigungsrecht bei der jeweiligen gesetzlichen Krankenkasse zur Folge hat, weil es sich um eine gesetzliche Maßnahme für alle Krankenkassen handelt.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung hat ein Bürgertelefon eingerichtet. Fragen zum Zusatzbeitrag beantworten die Mitarbeiter der Hotline von Montag bis Donnerstag zwischen 8 und 20 Uhr unter der Nummer 0180–59 96 602 (zwölf Cent pro Minute). ◀



Foto: Jan Bauer

Gegen eine « verfehlte Wirtschaftspolitik »

GUSTAV HORN

**über die fehlende Binnennachfrage
und eine falsche Lohnpolitik**

Schon lange gilt die deutsche Wirtschaft als der kranke Mann in Europas Mitte. Gemessen an den Wachstumsraten der vergangenen zehn Jahre ist Deutschland in der Tat europäisches Schlusslicht. Vor diesem Hintergrund werden die wirtschaftspolitischen Debatten seit Jahren immer schriller. Und es ist ja auch nicht zu leugnen, dass fünf Millionen Arbeitslose eine unerträgliche Hypothek sind. Krisenszenarien haben Konjunktur und je dramatischer die Krise dargestellt wird, desto radikaler die Heilungsvorschläge.

Dieser medial verstärkte Debattenstil hat schon die derzeitige Bundesregierung 2003 zu einem drastischen Kurswechsel in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie gebracht. Mit der Agenda 2010 schloss sich die Bundesregierung der in Ökonomenkreisen vorherrschenden Sichtweise an, dass die Probleme Deutschlands primär in einem zu inflexiblen Arbeitsmarkt zu suchen seien. Nur dessen Flexibilisierung könne Erfolg im Hinblick auf eine niedrigere Arbeitslosigkeit, höhere Beschäftigung und damit höheres Wachstum ver-

sprechen. Dies unterstellte neben zahllosen Einzelmaßnahmen einen kompletten Umbau der Bundesagentur für Arbeit und im Rahmen von Hartz IV zum Teil massive Kürzungen der Lohnersatzleistungen. Gleichzeitig sollten sämtliche Sozialsysteme reformiert werden, indem vor allem die Unternehmen von Lohnnebenkosten entlastet wurden. Teilweise durch Leistungseinschränkungen, teilweise durch Verlagerung der Kosten auf die privaten Haushalte.

In einem ungeheuren politischen Kraftakt wurden diese Maßnahmen durchgesetzt. Bisher allerdings ohne durchschlagenden Erfolg.

Damit werden die grundlegenden Fragen und Zweifel immer drängender. Braucht es – wie die Bundesregierung Tag um Tag verkündet – nur noch etwas Geduld, bis die Agenda 2010 die versprochenen Resultate liefert? Oder hat die Opposition zusammen mit der Mehrheit der Ökonomen Recht? Sind erst, wenn noch mehr Reformen folgen, positive Wirkungen zu erwarten? Oder aber ist zu befürchten, dass die bisherige Strategie falsch oder unvollständig ist?

Um diese Fragen zu beantworten, ist eine Rückblende in das Jahr 2000 erforderlich, als das Wachstum in Deutschland aus heutiger Sicht geradezu unvorstellbare drei Prozent betrug, die Arbeitslosigkeit zurückging und die Beschäftigung kräftig zunahm. Zugleich begann im Jahr 2000 aber auch die Phase wirtschaftlicher Schwäche. Eine Schwäche, die Deutschland bis auf den heutigen Tag nicht verlassen hat. An deren Anfang standen eine restriktive Geldpolitik, ein Ölpreisschock und vor allem ein weltweiter Börsencrash, der

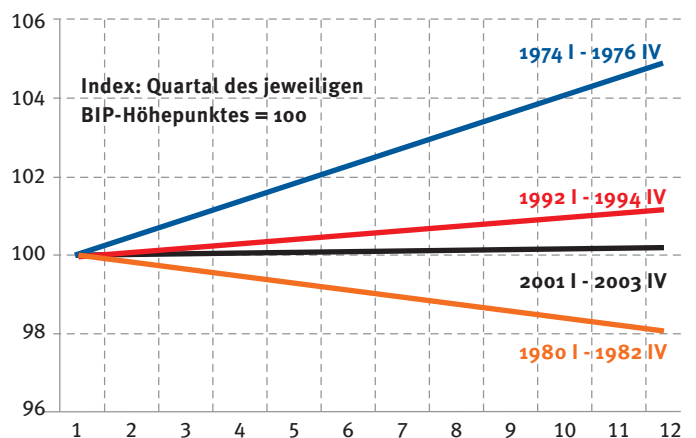
die Investitionsneigung der Unternehmen weltweit nachhaltig schwächte.

Was jedoch folgte, war keine ausgesprochen dramatische Rezession. Etwas anderes ist dagegen bemerkenswert: Während es früher zu weitaus stärkeren Einbrüchen kam, setzte aber – mit Ausnahme Anfang der 80er Jahre – immer auch rasch eine wirtschaftliche Erholung ein.

Bereits fünf bis sechs Quartale nach dem Höhepunkt des jeweils vergangenen Booms war die deutsche Wirtschaft wieder auf Expansionskurs.

Konjunktuelle Abschwungphasen

Bruttoinlandsprodukt



Saisonbereinigt, in konstanten Preisen;
bis 1990: Westdeutschland (BV4), ab 1991: Deutschland (X12-Arima)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

Derzeit aber durchläuft die deutsche Wirtschaft eine langanhaltende Stagnation. Über nahezu drei Jahre war keine sichtbare Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen. Eine solche zähe Schwäche hat es in Deutschland seit der Gründung der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Gerade deshalb kann dies als ein Beispiel dafür dienen, wie in Europa und vor allem in Deutschland in einem solchen Fall wirtschaftspolitisch reagiert wird. Denn diese dreijährige Zeitperiode eignet sich, um zu zeigen, dass eine ungeeignete wirtschaftspolitische Reaktion ursächlich für die lange Dauer der Schwäche war.

Die Fehler, die gemacht wurden, sind keinesfalls zufällige Missgeschicke, sondern basieren auf einer falschen strategischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

Im Grunde gab es international zwei Strategien, zähe konjunkturelle Schwächen zu bewältigen: Auf der einen Seite – wie im Extremfall Deutschland – wurde auf Lohnrestriktion gesetzt. Sie wurde zum einen durch Sozialreformen erreicht, die die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer schwächte. Zum zweiten durch massiven Druck auf die Gewerkschaften, Lohnzurückhaltung zu üben. Im Ergebnis waren in keinem anderen europäischen Land die Lohnsteigerungen so gering wie in Deutschland. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland ansässigen Unternehmen verbesserte sich zwar deutlich. Im Ergebnis ergab sich eine starke Exportkonjunktur, während die Binnennachfrage und damit das Wachstum insgesamt schwach blieben.

Auf der anderen Seite wurden – wie im Extremfall USA – massive wirtschaftspolitische Impulse gesetzt, um die Binnennachfrage zu stimulieren und auf diese Weise die Wirtschaft wieder auf einen Expansionspfad zu bringen. In

Amerika blieb insbesondere die Konsumnachfrage bei niedrigen Zinsen durch eine betont expansive Geldpolitik und hohen Steuerentlastungen im Rahmen einer stark gelockerten Finanzpolitik stabil. Im Ergebnis erholte sich die amerikanische Wirtschaft erheblich rascher und das Wachstum fällt mit Werten von drei bis vier Prozent seither relativ dynamisch aus.

Dass sich Hoffnung der Wirtschaftspolitiker, mittels struktureller Reformen die Konjunktur zu beleben, nicht erfüllte, kann aus gesamtwirtschaftlicher Sicht

»Der Verlust an Nachfrage wird ja derzeit schlicht und ergreifend nicht berücksichtigt«

nicht überraschen. Dies ist dadurch bedingt, dass die Arbeitsnachfrage nicht zwangsläufig zunimmt, wenn sich das Angebot an Arbeitskräften aufgrund verstärkter Anreize erhöht.

Die Überlegung, dass ein höheres Arbeitsangebot zu Lohnsenkungen führt, die wiederum die Unternehmen zu verstärkten Einstellungen veranlassen würden, ist kühn. Denn sinken die Löhne unter das bisherige Niveau

der sozialen Absicherung, das bei sozialversicherten Langzeitarbeitslosen vor Eintreten der Reformen durch die Arbeitslosenhilfe gegeben war, entsteht ein Nachfrageentzug. Dieser Konsumentzug beeinflusst den Absatz der Unternehmen und damit die Arbeitsnachfrage negativ. Per saldo wird das Ergebnis einer solchen erzwungenen Lohnzurückhaltung also in der Regel ähnlich ausfallen, nämlich negativ.

Aber der Verlust an Nachfrage wird derzeit in der Wirtschaftspolitik ja schlicht und ergreifend

nicht berücksichtigt. Die positiveren Anreize für eine Aufnahme der Beschäftigung werden sich daher erst

in einem Aufschwung bemerkbar machen, wenn eine höhere Arbeitsnachfrage schneller befriedigt werden kann.

Eine durchgreifende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist nur zu erwarten, wenn sich die wirtschaftspolitische Strategie verändert. Derzeit beherrscht die Debatte das ökonomische Bild der an sich friktionslos funktionierenden Märkte. Dies ist eine

falsche Voraussetzung für wirtschaftspolitische Entscheidungen. Dieses Leitbild sagt, dass die vollständige Entfaltung solcher Märkte allein durch Angebots-hemmnisse verschiedenster Art, vor allem durch einen überregulierten Arbeitsmarkt behindert wird. Doch so funktionieren Märkte nicht.

Ein realistisches Leitbild muss auf der einen Seite die Effizienz und Rationalität dezentraler Marktentscheidungen anerkennen, in dem sie dem Markt überlassen, was möglich ist. Regulierungen und sonstige Eingriffe müssen auf die Bereiche eingrenzt werden, wo klares Marktversagen erkennbar ist.

Auf der anderen Seite, gibt es ein inhärentes Marktversagen. Das Entstehen und die Überwindung konjunktureller Krisen gehören dazu. Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass auch in völlig unregulierten Marktsystemen solche Krisen nicht oder zumindest nicht über eine lange Zeit von alleine vorüber gehen. Es bedarf Impulse um eine durchgreifende Erholung herbeizuführen. Die Märkte, allein gelassen, vermögen solche Impulse nicht aus sich heraus zu erzeugen. ◀

Mehr Konsum dank höherer Löhne

»Deutsche Sparwut«

Sein Lebenslauf

Gustav Horn ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Von 2000 bis 2004 war er Leiter der Abteilung Konjunktur am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin.

Sein aktuelles Buch

»Die deutsche Krankheit: Sparwut und Sozialabbau«

In seinem Buch präsentiert der Konjunkturexperte Thesen gegen eine verfehlte Wirtschafts-

politik. Statt einer unsocialen Sparpolitik fordert er eine Geld- und Konjunkturpolitik, die Wachstumsimpulse gibt. Nur solche Impulse bringen mehr Beschäftigung. Horns Forderungen:

- ein stabileres globales Währungssystem schaffen
- eine europäische Stabilisierungspolitik etablieren und den Stabilitätspakt reformieren
- ein Investitionsprogramm für die Kommunen
- die Löhne wieder an der Produktivität orientieren
- und die soziale Sicherung sichern.



»Wenn die Menschen mehr kaufen und konsumieren sollen, dann brauchen sie mehr Geld«

Monatsrätsel...

kurz- ärmeliges Baumwoll- hemd	Ort auf Grönland kurz. Büh- nenauftritt		bargeldl. Zahlungs- verkehr		ehemali- ges Maß d. Luftdrucks (Abk.)	in der Musik: lang- sam, breit	EDV-Spei- chereinheit Halbeseit in SW-Asien		Raum- fahrt- behörde der USA
→	↓	10			Arbeits- entgelt	→	↓		↓
→	13		eine der Musen	→				5	
Himmels- bläue			Unersätt- lichkeit	↓		Ölsamen- pflanze biblische Urmutter	→		
Lobes- erhebung	→		olymp. Gremium (Abk.)		Ei (engl.) Gewebe- art	→		Strudel- wirkung	
→			unruhig. gereizt	→			4		Kirchen- gesang- stück
englisch: eins		Schutz- wall	↓			Hauptstadt von Italien Ausruf des Erstaunens	→		↓
Möbel- holzart	Luxusschiff „Andrea ...“ modisch, schick	→		2					
→	↓		östliches Sonnenland der griech. Sage		Vor- gesetzt		japan. Brettspiel Kriechtier		
→		1	Brandrest Weg- zeichnung	↓				harzreich. Kiefern- holzspan	
→					8	Garten- gerät deutscher Lyriker †	→	9	
Berg- weide									
Ameise (veraltet)	→								
Berüh- rungs- verbot		Hotelboy	→			Schlag- er amerikan. Bundes- polizei	→		12
→		Körper- wäsche	↓						
			11	Druck- verfahren chem. Z. f. Barium	→				
Wundmal	→					italie- nisch: gut	→	3	
Stunde (Abk.)									
→			italie- nischer Weinbau- ort	→					
6					7				

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben
und bis 31. August 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Mai: Gegenseffentlichkeit

Diesen Monat verlosen wir
unter den Einsendern der
richtigen Lösung wieder

**Der Zusatzgewinn
im Mai:**

Je ein IG Metall-Fußball
geht an:
Detlef Schulze, Germendorf
Erich Wizuba, Michelstadt

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

► **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

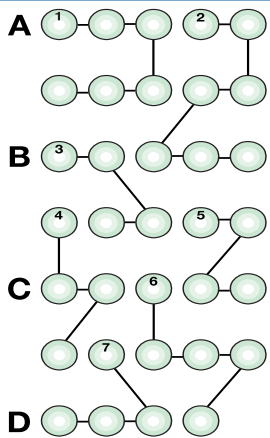
Hauptpreise:



1. Preis:
Eine IG Metall-Wanduhr
aus Edelstahl

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 7-8



1. Motorenerfinder †,
2. bewegl. Verbindungen,
3. Frau der Gesellschaft,
4. kleine Bucht,
5. Quarzkörnchen,
6. nordfinnische Stadt,
7. Kerbtier.

Beginnend im jeweiligen Nummernfeld und entlang den Verbindungen, sind Wörter nachstehender Bedeutungen zu erraten. Bei richtiger Lösung ergeben die Zellen A - B - C - D den siebten und achten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus **Teil 7-8 und 9** auf eine Postkarte schreiben und bis 30. September 2005 einsenden an:

Redaktion **metall**, Preisrätsel,
60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei **Hauptpreise** und einen von **zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg** im Wert von **25 Euro** gewinnen, gestiftet von der **BHW-Leben**. Und als weiteres Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **51 Euro**.

2. Preis:
Ein original
Steiff-Teddy
»Petsy«



3. Preis: Ein Multi- Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl





Foto: Kristina Jentsch

Zu Besuch bei

Tobias Graf

Der beinamputierte Radrennsportler gewann bei den Paralympics in Athen Silber und Bronze. Nun trainiert er für einen Sieg 2008 in Peking

metall-Autorin Heide Platen traf ihn unter dem Dach des elterlichen Bauernhauses im Nordschwarzwald

Medaillengewinner und Metaller Tobias Graf

Ein großer Garten, auf dem Weg zum Haus aalen sich drei Katzen in der Sonne, der Hofhund trollt friedlich um sie herum, in der Luft liegt Stallgeruch. Tobias Graf (21) lebt in einer ländlichen Idylle im Nordschwarzwald. Der Ort heißt 24-Höfe, ein seltsamer Name, der genau das bedeutet: 24 weit verstreute Bauernhöfe sind zu einer Verwaltungseinheit der Kleinstadt Loßburg im Nordschwarzwald zusammengeschlossen worden. Dorthin fährt der Technische Zeichner jeden Morgen zur Arbeit beim größten Arbeitgeber, der Firma Arburg. Die stellt Spitzgußmaschinen her und exportiert sie weltweit. Auch Tobias Graf hat schon einiges von der Welt gesehen. Bei den Paralympics 2004 in Athen holte er eine Silbermedaille beim 3000-Meter-Bahnradfahren und eine bronzene auf der 1000-Meter-Strecke.

Tobias Graf tut sich ein wenig schwer, von sich selbst zu erzählen. Das sei »nicht so mein Ding«. »Was wollen Sie denn wissen?«, fragt er. Eigentlich alles, aber vor allem: »Wie schafft es ein junger, beinamputierter Mann, zum Hochleistungssportler zu werden?« Graf verlor sein Bein im Alter von zehn Jahren. Er ist damals in eine Häckselmaschine für Viehfutter gestürzt. Die ländliche Idylle bekommt Risse. Der junge Mann mit den großen blauen Augen, dem stoppeligen Blondhaar, bleibt entspannt. Er lebe, sagt er, »ganz normal« mit der Behinderung, ist ger-

ne in der Natur, der Abgeschiedenheit bei den Eltern, die auf dem Hof nur noch ein paar Milchkühe halten, »eher als Hobby« und weil Tiere nun mal zur Familie gehören. Die drei großen Schwestern sind ausgezogen, unter dem Dach des Hauses hat er sich ein eigenes, kleines Reich eingerichtet.

Tobias Graf verzichtet daheim auf seine Prothese: »Die ist mir zu unbequem.« Die steile Stiege erklimmt er in Rekordtempo auf Krücken. Da steht die Glasvitrine mit den beiden Medaillen, mit Pokalen und Urkunden. Ganz zuoberst sitzt das Stoffschweinchen, das ihm seine Kollegen als Glücksbringer nach Athen mitgegeben haben. Sein schönstes Foto zeigt ihn, geschmückt mit dem Siegerkranz aus Olivenblättern, wie er mit strahlendem Lachen in seine Medaille beißt. Das Schweinchen hat auch sein Kränzchen bekommen.

Nur 0,091 Sekunden trennten »Tobi« Graf von der Goldmedaille. Paralympics, die Behinderten-Olympiade, erklärt er, ist für Radrennfahrer in vier Klassen eingeteilt, je nach dem Grad des Handicaps. Für ihn, oberhalb des Knies amputiert, war es LC 3. Sein Sportgerät fährt er einbeinig ohne besondere Hilfen, ein ganz normales Rennrad. Dreimal wöchentlich trainiert er, fährt in den Schwarzwaldbergen Mountainbike, im Winter läuft er Ski. Eigentlich wollte er Langläufer

werden, aber durch einen Freund mit 14 Jahren zum Radsport gefunden. Dabei, sagt seine Mutter, Martha Graf, »hat er das als Kind gar nicht so gerne gemocht«.

Das Dorf hat ihn gefeiert, ihn mit einem großen Willkommensschild und einem Fest empfangen, der Kreis ernannte ihn zum »Sportler des Jahres«, der Bundespräsident überreichte ihm im Frühjahr das Silberne Lorbeerblatt. Am wichtigsten aber, scheint es, waren ihm die Glückwünsche der Kollegen. Die Firma Arburg kümmere sich um ihre weltweit 1800 Mitarbeiter, achte darauf, dass die Azubis übernommen werden. Nein, Sonderurlaub für Training und Wettbewerbe brauche er nicht: »Das geht gut in

meinem normalen Urlaub.« Dass er in die IG Metall eingetreten ist, war für ihn selbstverständlich. Er sei im

»Ich werde mein Bestes geben, so gut ich eben kann«

Betrieb »darauf angesprochen« worden und habe sofort »Ja« gesagt: »Arbeitnehmervertretung ist wichtig.«

Und dann erzählt er noch ein bisschen mehr: Athen. Bei heimischen Wettbewerben gebe er nur wenige Zuschauer, dort aber »war das Stadion voll«. Und rechnet er sich Chancen aus für die Europameisterschaft im August und für die Olympiade 2008 in Peking? Tobias Graf bleibt so bescheiden wie immer: »Ich werde mein Bestes geben, so gut ich eben kann.« ◀



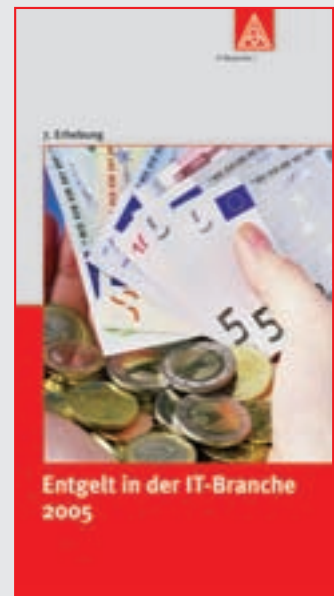


► **Bekommen Sie, was Sie verdienen? Gehaltsverhandlungen? Bewerbung und Vorstellungsgespräch?**

Dabei hilft die in neuem Design erschienene Gehaltsanalyse der IG Metall (90 Seiten).

Sie enthält:

- Übersicht über die wichtigsten IT-Jobs mit Jobbeschreibungen,
- Bandbreiten der aktuellen IT-Gehälter,
- Trends der IT-Entgeltentwicklung in den letzten fünf Jahren,
- Ausbildungsvergütungen und Einstiegsgehälter,
- CD-ROM mit Detailauswertungen für jeden Job.



BESTELLUNG

»Entgelt in der IT-Branche 2005«

Produktnummer: 130-8089

Preis (Broschüre mit CD-ROM): 15 Euro
inklusive Mehrwertsteuer
zuzüglich Versandkosten

- Über das Internet:
www.igmetall.de/nachrichten/it_entgelt/
- Per E-Mail:
vertrieb@igmetall.de